

REGIONSVERBAND-GRUENE-HANNOVER.DE

GRÜNES PROGRAMM FÜR DIE REGION HANNOVER 2016-2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover

Am 11. September
grün wählen

Wenn grün,
dann richtig.

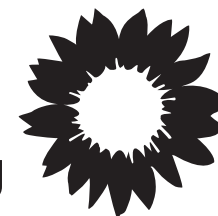


REGIONSVERBAND-GRUENE-HANNOVER.DE

GRÜNES PROGRAMM FÜR DIE REGION HANNOVER 2016-2021

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover

**Wenn grün,
dann richtig**



Das Wahlprogramm wurde auf der Mitgliederversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover am
16. April 2016 in Hannover beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionsverband Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
T 0511 - 300 88 66

region@gruene-hannover.de
www.regionsverband-gruene-hannover.de

Vi.S.d.P.: Elke Wohlfarth
Layout: p*zwe
Druck: Umweltdruckerei Hannover

Klimaneutral gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier.

Inhalt

| | |
|--|----|
| A. GRÜN für eine solidarische Region | 13 |
| Gute Bildung von Anfang an: Kita – Schule - Beruf | 14 |
| Auf den Anfang kommt es an | 14 |
| Nichts geht ohne Sprache | 15 |
| Beratung, Hilfe und Prävention | 17 |
| Kein Anschluss ohne Abschluss | 19 |
| Berufsbildende Schulen – Chancen für alle | 21 |
| Inklusion muss wachsen | 23 |
| Schullandheime der Region erhalten | 25 |
| Wohnen darf kein Luxus sein | 26 |
| Kein Mensch darf im Abseits stehen – Arbeit statt Armut | 29 |
| Sozialtarife – mehr Chancen für Teilhabe | 32 |
| Gleichstellung | 33 |
| Familienfreundlichkeit | 34 |
| Frauen in Wirtschaft und Verwaltung | 35 |
| Schutz vor Gewalt | 36 |
| Sexuelle Orientierung & Geschlechtliche Vielfalt | 37 |
| Selbstbestimmtes Leben im Alter | 39 |
| Bessere Nahversorgung – besser mobil | 41 |
| Menschen mit Behinderungen | 43 |
| Gesundheit für alle | 45 |
| Multiresistente Keime – eine wachsende Herausforderung | 48 |
| Gesundheitsförderung | 50 |
| Zugang zu medizinischer Versorgung für Geflüchtete | 51 |
| Psychische Gesundheit | 52 |
| Suchtmittel und Abhängigkeit: Prävention stützen, Hilfen zur Integration anbieten | 53 |
| Teilhabe und Partizipation – Zuwanderung als Chance begreifen | 55 |
| Gleichberechtigte Teilhabe in der Aus- und Weiterbildung | 60 |

| | |
|--|-----|
| Partizipation und Teilhabe in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt | 62 |
| Aufstehen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit | 64 |
| B. GRÜN für eine lebenswerte Region | 67 |
| Klima und Umwelt | 68 |
| Mehr Energie für den Klimaschutz | 68 |
| Erneuerbare Energien | 72 |
| Biologische Vielfalt erhalten und entwickeln | 73 |
| Natur- und Landschaftsschutz fortentwickeln | 74 |
| Land- und Forstwirtschaft | 77 |
| Boden schützen | 79 |
| Wasser schützen | 82 |
| Regionalplanung für eine nachhaltige Raumentwicklung | 83 |
| Die Region als Moderator – konkurrierende Raumannsprüche ausgleichen | 87 |
| Abfall – Müll ist unser Rohstoff | 88 |
| Abfalltrennung und Abfallvermeidung | 89 |
| Recycling – die Chance | 91 |
| Restabfall verantwortungsvoll aufbereiten | 92 |
| Abfallwirtschaft in öffentlicher Trägerschaft – aha | 94 |
| Ein Gebührensystem für alle | 96 |
| Abfallberatung und Umweltbewusstsein | 97 |
| Freizeit und Kultur | 98 |
| Naherholung in der grünen Region | 98 |
| Zoo Hannover | 101 |
| Kultur für alle | 102 |
| Gedenkstätte Ahlem | 103 |
| Partnerschaften der Region Hannover | 104 |
| Sport | 105 |
| C. GRÜN für eine mobile Region | 109 |
| Öffentlicher Verkehr – ökologisch und attraktiv | 112 |

| | |
|--|-----|
| ÖPNV-Infrastruktur ausbauen | 112 |
| Qualität und Kundenfreundlichkeit im Nahverkehr erhöhen | 113 |
| Faire Angebote in der Region und darüber hinaus | 115 |
| Mobil im ländlichen Raum | 116 |
| Radverkehr | 119 |
| Straßeninfrastruktur – Verkehrssicherheit erhöhen | 121 |
| D. Wirtschaft und Beschäftigung | 123 |
| Gewerbeflächen sorgfältig entwickeln | 125 |
| Standortmarketing und -entwicklung | 126 |
| Ökologische Modernisierung als Jobmotor – kleinere und mittlere Unternehmen unterstützen | 128 |
| Fachkräftemangel entgegensteuern | 129 |
| Selbständigkeit und Kreativität schafft Arbeitsplätze | 132 |
| Breitbandausbau ist die Infrastruktur für morgen: | |
| Digitalisierung – Industrie 4.0 | 132 |
| Nachhaltiger Tourismus als Chance für die Region | 133 |
| E. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik | 135 |
| Solide grüne Haushaltspolitik | 136 |
| Regionsumlage gesenkt | 137 |
| Ausgeglichene Haushalte und Abbau von Schulden | 137 |
| Investitionen in die Zukunft | 138 |
| Erfolgreiche Arbeit der kommunalen Töchter | 138 |
| Grüne Wege zum nachhaltigen Haushalt | 139 |
| Damit auch morgen noch die Kasse stimmt – strategische Finanzplanung | 140 |
| Transparenter Haushalt für mündige Einwohner*innen in der Region Hannover | 141 |
| Glossar | 144 |

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit der Gründung der Region Hannover im Jahr 2001 sind wir GRÜNE an der Regierung in der Region Hannover beteiligt. In den letzten 15 Jahren konnten wir viele Ziele umsetzen und die Region Hannover mit einer ökologischen und sozialen Politik grüner machen. Wir haben beispielsweise erreicht, dass ein Prozent des Haushaltsbudgets für die energetische Sanierung von regionseigenen Gebäuden eingesetzt wird und das Sozialticket als Beitrag für die Chancengerechtigkeit und die Teilhabe aller Menschen eingeführt und ausgebaut wurde.

Die Wahlperiode neigt sich dem Ende zu und am 11. September 2016 können Sie über die Politik der nächsten 5 Jahre in der Region Hannover mitentscheiden.

Um Ihnen die Wahlentscheidung zu erleichtern, haben wir für Sie dieses Wahlprogramm erstellt. Es beschreibt, wofür wir uns in den nächsten Jahren einsetzen wollen, aber auch, was wir in den letzten Jahren erreicht haben.

GRÜN für eine solidarische Region Hannover


Wir GRÜNE stehen für Chancengerechtigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen – unabhängig vom sozialen Status und von der Herkunft. Schon heute übernehmen Menschen in der Region Verantwortung füreinander durch bürgerschaftliches Engagement und Solidarität. Dies begrüßen wir ausdrücklich und möchten es auch in Zukunft fördern, sodass Menschen in Not schnell und unbürokratisch geholfen werden kann. Auch institutionell möchten wir die Region Hannover als fairen Partner der Mitgliedskommunen erhalten und weiterentwickeln. Dafür brauchen wir eine funktionierende Sozialplanung und vitale soziale Institutionen. Mit einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik wollen wir Gestaltungsspielräume eröffnen und die Grundlage für Zukunftsinvestitionen schaffen, um die Lebensqualität der Menschen in der Region zu verbessern, ökologische Werte zu erhalten und soziale Standards zu sichern.

GRÜN für eine lebenswerte Region Hannover

Grundlage für ein gutes und lebenswertes Leben ist eine gesunde Umwelt. Voraussetzung hierfür sind saubere Luft, sauberes Wasser, biologische Vielfalt und ein gesunder Boden. Diese Lebensgrundlagen für Menschen, Pflanzen und Tiere wollen wir erhalten. Um dem Klimawandel zu begegnen, bleibt unser Ziel die klimaneutrale Region 2050. Wir GRÜNE setzen hierfür auf Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien. Für eine höhere Biodiversität fördern wir den Rückbau von Altlasten und den Erhalt von naturnahen Lebensräumen. Dies unterstützt auch den stärker werdenden nachhaltigen Tourismus, in dem wir die Region Hannover weiterhin positionieren wollen.

Die Region Hannover bietet eine hohe Vielfalt an Kunst-, Kultur- und Sportangeboten. Unser Ziel ist es, dieses Angebot zu erhalten und auszubauen und es allen Menschen in der Region zugänglich zu machen.

GRÜN für eine mobile Region Hannover

Wir setzen uns für eine mobile Region Hannover ein und stehen für eine moderne Verkehrspolitik, die umweltbewusst, klimaschonend, sozial, attraktiv und effizient ist. In den letzten Jahren haben wir Taktverdichtungen und den Ausbau des Bus- und Bahnnetzes vorangetrieben. Durch die intelligente Verknüpfung von allen Verkehrsträgern möchten wir den Menschen in der Region attraktive und bezahlbare Alternativen zum *motorisierten Individualverkehr*  bieten. Vor allem in den Städten werden so Lärm und Feinstaub reduziert und die Verkehrssicherheit und Lebensqualität erhöht. Wir GRÜNE wollen weiter in der Regionsversammlung Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass die Region Hannover solidarisch, lebenswert und mobil bleibt!

Darum bitten wir um Ihre Stimme am 11. September 2016.

A. GRÜN für eine solidarische Region

Gute Bildung von Anfang an: Kita – Schule – Beruf

Auf den Anfang kommt es an

Gute Bildung fängt für uns GRÜNE schon vor der Schule an. Frühkindliche Bildung ist nicht nur ein Schlagwort, sondern ein entscheidender Faktor für gleiche Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in der Region Hannover. Diese dürfen nicht von dem Geldbeutel der Eltern abhängen.

Unsere Kinder- und Jugendpolitik setzt da an, wo Kinder und ihre Eltern Unterstützung, Beratung und Hilfestellung benötigen. Kinder sollen sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln können. Für sie ist es wichtig, früh soziale Kompetenz zu erwerben, um sich in einer immer schneller entwickelnden Gesellschaft zu orientieren.

Als Träger der Jugendhilfe für 16 Städte und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt ist die Region Hannover mitverantwortlich für die Kinderbetreuung. Neben der frühkindlichen Bildung können wir mit dem Ausbau der Kinderbetreuung einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Eltern brauchen für die Betreuung ihrer Kinder Verlässlichkeit, damit sie ihrer Arbeit nachgehen können. Eine gute Kinderbetreuung ist für viele Eltern ein wichtiger Standortfaktor für die Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnorts.

Darüber hinaus besteht seit Juli 2013 ein Rechtsanspruch für die Betreuung von unter Dreijährigen. Mit einem eigenen Investitionsprogramm konnte die Region Hannover gemeinsam mit Fördermitteln des Landes und des Bundes die Betreuungsplätze für diese Kinder stark ausbauen. Dabei müssen Bund und Land weiter ihrer Verpflichtung bei der Kinderbetreuung als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe nachkommen. Auf Landesebene haben wir GRÜNE uns erfolgreich für die Finanzierung der dritten Betreuungskraft in Krippen eingesetzt und damit einen wichtigen Beitrag für mehr Qualität in der Betreuung von Kindern geleistet.

Bis zum Jahr 2016 hat die Region gemeinsam mit den Kommunen 2.400 neue Krippenplätze sowie eine betriebliche Kindertagesstätte für Kinder der Mitarbeiter*innen der Region Hannover geschaffen.


Nichts geht ohne Sprache

Wir GRÜNE haben uns für die Ausweitung der Sprachförderung in den Kindertagesstätten der Region stark gemacht – 800.000 Euro hat die Region in die Sprachförderung der Kinder in unseren Kindertagesstätten investiert. Durch diese Mittel werden praxisbegleitend Fachkräfte in Kitas qualifiziert und Kinder mit Sprachproblemen in Kleingruppen gefördert. Seit 2016 stellt das regionseigene Förderprogramm den Kommunen nochmals 500.000 Euro für den qualitativen Ausbau bereit.

Außerdem werden sprachfördernde Projekte in künstlerischen, musischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen

finanziert. Um Kinder frühzeitig an mathematische, technische und naturwissenschaftliche Phänomene heranzuführen, ist die Region mit der Stiftung *Haus der kleinen Forscher* eine Kooperation eingegangen. Hier übernimmt die Region die Netzwerkkoordination für das Programm *Forscher-Kids*.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Weiterführung des Investitionsprogramms für die Schaffung weiterer Kinderbetreuungsplätze in der Region Hannover gemeinsam mit den Regionskommunen.
- eine Erhöhung des Anteils an Ganztagsplätzen für drei- bis sechsjährige Kinder in Kitas, um die Kontinuität der Betreuungszeiten von der Krippe bis zur Einschulung zu gewährleisten.
- den Ausbau und die Unterstützung der Einrichtung von Betriebskitas.
- die Weiterführung des Programms *Rucksackmütter* .
- den bedarfsgerechten Ausbau der Sprachförderung.
- die Entwicklung neuer Ansätze zur gezielten Sprachförderung und Weiterbildung von Fachkräften.
- die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, damit Kitas zu Anlaufstellen für Eltern und Kinder in allen Lebenssituationen werden.
- den bedarfsgerechten Ausbau von Integrationsplätzen für Kinder mit Behinderungen.

Beratung, Hilfe und Prävention

Besonders wenn es mal nicht so gut läuft, brauchen Kinder, Jugendliche und deren Eltern Unterstützung – egal ob es sich dabei um familiäre Konflikte, Jugendliche mit schulischen Problemen oder Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule zum Beruf handelt. Es hat sich gezeigt, dass frühzeitige Interventionen bei Problemen von Eltern und Kindern wichtig für die Schaffung von Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe sind. Eine frühzeitige Förderung und Unterstützung kann Folgekosten im Bereich Hilfen zur Erziehung vermeiden und langfristige Problemlagen für Kinder und Familien verringern.

Für uns GRÜNE ist es auch für die Zukunft wichtig, so früh wie möglich Kinder und Jugendliche aus sozial und ökonomisch benachteiligten und bildungsfernen Familien gesellschaftlich zu integrieren. Das wichtigste Ziel GRÜNER Jugendpolitik ist Chancengerechtigkeit. Benachteiligungen müssen gezielte Förderungen entgegengestellt werden. Wichtig ist uns, dass alle Kinder und deren Eltern Hilfen bekommen, wenn sie benötigt werden. Kein Kind darf der Gesellschaft verloren gehen.

In der letzten Wahlperiode haben wir den flächendeckenden Ausbau der Familien- und Erziehungsberatungsstellen und den Aufbau des Programms *Frühe Hilfen – Frühe Chancen* mit einem präventiven, ganzheitlichen Ansatz erreicht. Auch den flächendeckenden Ausbau des Programms *MiT – Miteinander für Toleranz* in der Region, das junge Menschen aller Nationalitäten im Übergang von Schule und Beruf unterstützt, haben wir auf den Weg gebracht. Es ist uns zudem gelungen das Netzwerk *Familienhebammen*, das insbesondere Mütter

und Väter in schwierigen sozialen Situationen unterstützt, zu institutionalisieren.

Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Beratungsstelle *Mittendrin* für Eltern von Kindern mit Behinderungen von der Region mitfinanziert wird. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben.

Die freien Träger übernehmen in der Region Hannover wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhalten sie von der Region und anderen Stellen Zuwendungen. Diese müssen jährlich neu beantragt werden, ein Mehrbedarf ist von den Trägern nachzuweisen.

Darüber hinaus spielen im Jugendbereich Migrant*innen-Jugendorganisationen eine immer grössere Rolle. Die Region Hannover soll weiterhin ein verlässlicher Partner der freien Träger der Jugendhilfe sein und deren Finanzierung sicherstellen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- keine Kürzungen des Angebots der Jugendhilfe in der Region.
- weitere finanzielle Unterstützung von Programmen wie *MiT – Miteinander in Toleranz* auch über das Jahr 2017 hinaus.
- die Ausweitung des Programms *Frühe Hilfen – Frühe Chancen*.
- die finanzielle Absicherung des Programms *Familienhebammen*.
- Weiterführung und bedarfsgerechter Ausbau von Projekten gegen Schulverweigerung, wie zum Beispiel *Zweite Chance*.
- die weitere Förderung der Präventionsarbeit gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen.
- die Förderung von Angeboten zur Schulung der Medien-

kompetenz, der Suchtprävention und Suchtberatung bei Kindern und Jugendlichen.

- die Schaffung beruflicher Perspektiven von Jugendlichen mit Behinderung in Kooperation mit Werkstätten.
- die Unterstützung von Eltern mit Behinderung bei der Erziehung ihrer Kinder.
- Präventions- und Aufklärungsarbeit zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Jungen mit Behinderungen.

Kein Anschluss ohne Abschluss

Immer mehr Schüler*innen verlassen die Schule ohne ausreichende Ausbildungsfähigkeit bzw. die nötige soziale Kompetenz. Sie finden keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, der ihnen ein finanziell abgesichertes und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Junge Menschen ohne Ausbildung laufen stärker Gefahr arbeitslos zu werden. Es drohen soziale Benachteiligung, weniger Teilhabechancen, Frustration und Ausgrenzung.


Wir GRÜNE in der Region Hannover wollen, dass niemand auf der Strecke bleibt. Und der viel zitierte Fachkräftemangel zeigt auch, dass wir es uns nicht leisten können, Jugendliche zu verlieren. Dieser Herausforderung müssen wir uns auch in den Kommunen weiterhin stellen. Bildung, Ausbildung und Qualifizierung spielen für die Region als Standortfaktor eine immer größere Rolle. Die Verwaltungen, Schulen, Kammern und die Wirtschaft stehen bei der Ausbildung junger Menschen in besonderer Verantwortung.

Durch die Einrichtung eines Bildungsbeirates in der Region ist es

uns bereits gelungen, die handelnden Akteure im Bereich Ausbildung, Weiterbildung und Schulen besser zu vernetzen. Durch die Einrichtung von Jugendberufsagenturen in der Region Hannover werden den Jugendlichen Angebote des Jobcenters, der Jugendhilfe und der Agentur für Arbeit gebündelt unter einem Dach angeboten. In einem Pilotprojekt an 19 Schulen in der Region Hannover unterstützen Ausbildungslotsen die Schüler*innen beim Übergang von der Schule hin in den Beruf. Auf grüne Initiative hat die Region ein Konzept zur Unterstützung ehrenamtlich tätiger Ausbildungspartner*innen, Mentor*innen und Scouts erarbeitet.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Bildung ohne Brüche für alle.
- die weitere Unterstützung der Arbeit des Bildungsbeirats.
- den weiteren Ausbau von Jugendberufsagenturen.
- die Förderung von Maßnahmen, die aus dem Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit entstehen werden.
- Weiterführung des Projekts Ausbildungslotsen.
- Projekte, die junge Menschen in ihrem beruflichen Werdegang stabilisieren und sie in den Arbeitsmarkt integrieren.
- Projekte zur beruflichen Orientierung junger Menschen.
- mehr betriebliche Ausbildungsstellen, Ausbildungsverbünde und schulische Berufsausbildungsgänge.
- mehr Transparenz bei den Angeboten im Übergang von Schule und Beruf und den systematischen Ausbau der Vernetzung aller Bildungs-, Aus- und Weiterbildungsstellen in der Region Hannover, um den Informationsaustausch, die Planung und Abstimmung zwischen den Bildungsbereichen zu verbessern.
- die Schaffung von Perspektiven für arbeitslose und schwer vermittelbare Jugendliche durch die Weiterfinanzierung der

Pro-Aktiv-Center  in den kommenden Jahren.

- Ausbildungsvorbereitung im Verbund, um die Verzahnung von beruflicher Orientierung, sozialpädagogischer Begleitung, betrieblichen Praxisphasen und überbetrieblichem Förderunterricht flexibel anzubieten.
- das Programm *Wunda* für junge langzeitarbeitslose Menschen in prekären Wohnsituationen, um sie wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen.

Berufsbildende Schulen – Chancen für alle

Für uns GRÜNE ist der Zugang zu Bildung und Qualifikation unabhängig von der Herkunft von zentraler Bedeutung. Die Region ist Träger von 15 berufsbildenden Schulen mit etwa 300 verschiedenen Bildungsgängen und rund 37.000 Schüler*innen. Damit ist sie im berufsbildenden Bereich der größte Bildungsträger in Niedersachsen. Als Schulträger ist die Region für die finanzielle Ausstattung und die Gebäudeinfrastruktur verantwortlich.

In den vergangenen Jahren hatte die Region Hannover einen starken Rückgang der Schüler*innenzahlen zu verzeichnen. Das Berufsschulkonzept musste diesem Rückgang Rechnung tragen. Die daraus resultierenden Verschiebungen von Bildungsgängen haben wir auch in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Bei dieser Neuordnung haben wir uns besonders dafür stark gemacht, dass die Berufseinstiegsschule der BBS 6 als organisatorische Einheit erhalten bleibt. Das Angebot richtet sich besonders an Schüler*innen ohne Schulabschluss oder mit Benachteiligungen

in ihrem schulischen Werdegang. Außerdem haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Region Hannover die von den Strukturänderungen betroffenen Schulen an der Ausgestaltung des Berufsschulkonzeptes beteiligt hat.

Auch in der kommenden Wahlperiode werden wir die Umsetzung des Berufsschulkonzeptes der Region Hannover weiter kritisch begleiten. Die berufsbildenden Schulen müssen sich mit den Herausforderungen der inklusiven Beschulung und den gestiegenen Zuwanderungszahlen auseinandersetzen. Es ist uns daher wichtig, dass unsere Schulen weiterhin finanziell gut ausgestattet sind, damit Schüler*innen und auch Lehrer*innen gute Voraussetzungen für den Schulalltag haben.

Als Ausbildungsstätte künftiger Arbeitnehmer*innen, Fachkräfte und Entscheider*innen setzen wir uns zudem dafür ein, auch in BBSen Grundlagen zu ökologischem, sozialem und ökonomisch fairem Handeln zu vermitteln. Dazu gehören u.a. die Nachhaltigkeitsziele der UN und die Klimaziele der Region Hannover.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine gute finanzielle Ausstattung unserer berufsbildenden Schulen, damit sie weiterhin zukunftsfähige berufliche Bildungsangebote gewährleisten.
- die Sanierung der Regionsschulen, um gute Lern- und Lehrbedingungen für Schüler*innen und Lehrer*innen zu ermöglichen.
- die Verbesserung der Barrierefreiheit in den berufsbildenden Schulen und die schnelle Umsetzung der auf Landesebene erarbeiteten Konzepte zur Inklusion in den berufsbildenden Schulen.

- eine bedarfsgerechte Anpassung des Berufsschulkonzeptes an die Herausforderungen der Zuwanderung.
- die Nutzung personeller und materieller Ressourcen der berufsbildenden Schulen für Fort- und Weiterbildung.
- eine flächendeckende Einführung von Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zur systematischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung.
- mehr betriebliche Ausbildungsstellen, Ausbildungsverbünde und schulische Berufsausbildungsgänge.
- die Entwicklung von Konzepten für die Zusammenarbeit von berufsbildenden Schulen mit den Hochschulen, damit Teile der beruflichen Qualifikation auf die Hochschulausbildung angerechnet werden können.

Inklusion muss wachsen

Perspektivisch halten wir GRÜNE weiterhin am Prinzip *Eine Schule für alle* mit der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen fest. Dieses Ziel kann nur durch einen verstärkten Dialog zwischen Eltern, Lehrer*innen und Schulen gelingen. Wir brauchen für die Umsetzung eine noch breitere Beteiligung aller Akteur*innen, um für die Entwicklung dieses Vorhabens größtmögliche Unterstützung und Akzeptanz zu schaffen.

Durch die Schulgesetznovelle haben die Förderschulen in der Trägerschaft der Region Hannover Bestandsschutz erhalten. Die Region Hannover ist Schulträger von 15 Förderschulen mit den Schwerpunkten geistige, emotionale und soziale Entwicklung, Sehen, Hören und Sprache – diese sind jetzt sogenannte Förderzen-

tren. Diese Schulen gilt es weiterhin gut auszustatten und zu sanieren, um die bestmögliche Beschulung unserer Förderschüler*innen zu gewährleisten.

Alle Kinder und Jugendlichen, ob mit Behinderung, ob zugewandert oder hochbegabt – um nur wenige Beispiele zu nennen sollen in allen Schulen nach ihren Fähigkeiten bedürfnisgerecht gefördert werden. Voraussetzung für die Umsetzung dieser pädagogischen Leitidee ist ein Schulbau nach Maßgabe der pädagogischen Architektur und die Bereitstellung von qualifiziertem Personal.

Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass die Planungen für die Schule auf der Bult, Förderschule für geistige und emotionale Entwicklung, abgeschlossen wurden. Die Schule wird neu gebaut. Wir haben außerdem erreicht, dass ein Pool für Schulassistenz eingeführt wurde.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine gute finanzielle Ausstattung und Sanierung der Förderschulen.
- die Entwicklung der schulischen Inklusion nach den Vorgaben und Konzepten des Landes.
- den Dialog mit Eltern und Schulen, damit schulische Inklusion gelingt.
- die Realisierung einer Teilhabe für alle mit einem umfassenden Inklusionsbegriff.

Schullandheime der Region erhalten

Außerschulische Lernorte wie Schullandheime haben eine wichtige pädagogische Funktion. Sie fördern soziales und kooperatives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen, indem das tägliche Zusammenleben in der Gruppe und die Bewältigung von Konflikten geübt werden.

Die Schullandheime in Nieblum/Föhr, Riepenburg/Hamel und Torfhaus sind in der Trägerschaft der Region. Die Wirtschaftlichkeit dieser Schullandheime wurde verbessert. Die Belegungszahlen konnten beispielsweise durch bauliche Sanierungen, Umbauten und verbesserte pädagogische Angebote sowie gezielte Werbung für Wochenenden und Freizeiten erhöht werden. Wir GRÜNE setzen uns für den Erhalt der Schullandheime als außerschulische Lernorte in der Trägerschaft der Region ein.

Wohnen darf kein Luxus sein

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass es in der Region Hannover ausreichend bezahlbaren Wohnraum gibt. Besonders für Familien mit Kindern, alleinerziehende Eltern, Alleinstehende und Menschen mit geringem Einkommen wird es in der Region immer schwieriger, geeignete und bezahlbare Wohnungen zu finden. Bei einer steigenden Zahl von über 75-jährigen Menschen muss auch der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum besser abgedeckt werden. Um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken, darf die Mietpreisentwicklung nicht zu einer Verdrängung der weniger zahlungskräftigen und armutsgefährdeten Bevölkerung führen.

Aufgrund des zunehmend angespannten Wohnungsmarkts investieren wir in den Bau von Wohnraum, wobei wir das Land und den Bund weiterhin in die Pflicht nehmen.


Allein wird die Region Hannover den Mangel an günstigen Wohnungen nicht lösen können. Für intelligente und passgenaue Lösungen in der Wohnungsfrage müssen die einzelnen Kommunen in der Region ihre konkreten Bedarfe ermitteln und Konzepte zur Wohnraumentwicklung erarbeiten. Diese Entwicklungskonzepte werden derzeit finanziell über das Wohnraumförderprogramm der Region unterstützt. Auch das Land und der Bund haben nachgezogen und bieten finanzielle Förderung an.

Das Wohnraumförderprogramm der Region, welches die GRÜNEN maßgeblich mit auf den Weg gebracht haben setzt folgende Schwerpunkte:

- Mietwohnungsbau: Neubau, Aus-/Umbau und Erweiterung zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums.
- Modernisierung: bauliche Maßnahmen zum Abbau von Barrieren im Mietwohnungsbestand in Verbindung mit energetischen Modernisierungsmaßnahmen.
- Ausbau altersgerechten Wohnraums.
- Wohnungsmarktentwicklung: Erstellung von Wohnraumversorgungskonzepten.
- Sozialer Wohnungsbau für Menschen mit niedrigem Einkommen.
- Modellprojekte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.
- Schaffung von Wohnraum für Studierende.
- Nachhaltigkeit bei Nachnutzung des für Geflüchtete geschaffenen Wohnraums.

Wir GRÜNE haben ein Wohnungsbauprogramm mit einem Förder volumen von 15 Millionen Euro in der Region Hannover auf den Weg gebracht. Es ist uns außerdem gelungen, in allen 21 Kommunen in der Region Hannover einen qualifizierten Mietspiegel für mehr Transparenz auf dem Mietwohnungsmarkt einzuführen. Mietobergrenzen für Menschen, die von Sozialleistungen abhängig sind, sind transparent erstellt. Wir haben für diese Gruppe einen energetischen Zuschlag auf die Mietobergrenzen und die finanzielle Aufstockung des kostenlosen Stromsparchecks erreicht. Besonders für Haushalte, die Sozialleistungen bekommen, sind die hohen Energiekosten eine starke Belastung.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Fortführung des Wohnraumförderprogramms über das Jahr 2017 hinaus und eine bedarfsgerechte Anpassung.
- Einflussnahme der Region Hannover als 25-prozentiger Miteigentümer bei der *Kreissiedlungsgesellschaft*  für mehr Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen.
- innovative Wohnkonzepte, wie beispielweise Mehrgenerationshäuser.
- für eine gleichmäßigere Verteilung von Sozialwohnungen und von bezahlbarem Mietwohnungsbau zwischen den Umlandkommunen. Hierbei müssen auch raumordnerische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Kein Mensch darf im Abseits stehen – Arbeit statt Armut

Wir GRÜNE setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Nach der Einführung des Mindestlohns setzen wir uns auf Bundesebene für eine Erhöhung der Grundsicherung ein.

Menschen haben ein Recht auf Teilhabe und Zugang zum gesellschaftlichen Leben. Besonders bei Arbeitslosen ist das Armutsrisiko hoch und damit die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, eingeschränkt. Die Gefahr, sich bei Verlust des Arbeitsplatzes zu überschulden, ist ungleich höher als für die Menschen, die fest im Berufsleben stehen.

Wir GRÜNE stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut. In den vergangenen Jahren haben wir feststellen müssen, dass sich die Anzahl der Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit bundesweit wie auch in der Region Hannover trotz hoher Beschäftigungsquote verfestigt hat. Derzeit erhalten 114.000 Menschen in der Region Hannover Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Besonders diesen Menschen gilt es, Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen und ihre Potenziale zu steigern.


Seit dem 1. Januar 2011 arbeiten die Bundesagentur für Arbeit und die Region Hannover in den kommunalen Jobcentern in einer so genannten gemeinsamen Einrichtung bei der Betreuung und Vermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen zusammen.



Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Arbeit statt Warteschleifen: vorrangige Vermittlung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.
- Qualifizierung zuerst: ausreichende Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote für die Betroffenen.
- Integrationsaktivitäten und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose mit direktem Arbeitsmarktbezug und Entwicklung von Modellprojekten.
- niederschwellige Ansätze und Anreizsysteme für die Aufnahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wie Einstiegsgeld, Eingliederungszuschüsse und Integrationszuschüsse sowie verstärkter Einsatz dieser Werkzeuge bei der Integration in den Arbeitsmarkt.
- Entwicklung von Konzepten zu einer individuellen Förderung von arbeitslosen Menschen (im Rahmen von § 16 f SGB II; freie Förderung der BA).
- Kundenorientierung: qualifizierte Beratung für jede*n Antragsteller*in innerhalb von sechs Tagen.
- ein geeignetes Arbeits- oder Qualifizierungsangebot innerhalb eines Monats.
- Alleinerziehende und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in den Fokus der Vermittlung.
- Nutzung vorhandener Kompetenzen: langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 55-Jährige, die keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.
- qualifizierte Ansprechpartner*innen in speziell ausgerichteten Beratungseinheiten im Jobcenter für Menschen mit Behinderungen.
- Schaffung einer Ombudsstelle im Jobcenter als Anwalt der Betroffenen zur Stärkung der Rechte der Erwerbslosen.

- verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Beschäftigungsträgern, etwa bei der Angebotsentwicklung und den Qualifizierungsplänen für Arbeitslose und Nutzung regionaler Kompetenz.
- schnellen Abschluss von Eingliederungsvereinbarungen, die sich an den individuellen Möglichkeiten der Hilfebedürftigen orientieren.
- Förderung eines inklusiven Aus- und Weiterbildungsmarktes für Menschen mit Behinderungen.
- Ausbau des bestehenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen.

Sozialtarife – mehr Chancen für Teilhabe

Wichtig war uns GRÜNEN in den vergangenen zwei Wahlperioden, dass Menschen, die Transferleistungen erhalten, Angebote der Region zu stark vergünstigten Preisen nutzen können. Für Menschen mit geringem Einkommen und deren Kinder, die im Besitz der *Region-S-Karte*  sind, haben wir das Angebot in der vergangenen Wahlperiode weiter optimiert und Einstiegshürden abgebaut.

Wir GRÜNE haben die Abschaffung der Wertmarke erreicht, sodass in Bus und Bahn für den Erwerb der Vergünstigungen jetzt allein die *Region-S-Karte*  reicht. Das Angebot des *TagesEinzelTicket S*  wurde um eine um 40 Prozent ermäßigte Monatskarte – die *Mobilcard S* erweitert. In der nächsten Wahlperiode fordern wir eine Erhöhung der Ermäßigung der *Mobilcard S* auf 50 Prozent (siehe Kapitel *GRÜN für eine mobile Region*). Außerdem haben wir die Einführung eines sozial verträglichen Eintrittspreises für den Besuch des Zoos und einem 50-prozentigen Nachlass auf die Tageskarte auf den Weg gebracht.

Gleichstellung

Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens.

Wir GRÜNE betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen würde für mehr Selbstbestimmtheit, wirtschaftliche Dynamik und mehr Stabilität sorgen. Wir GRÜNE setzen uns weiter für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein.

Mit der Frauenquote und der Mindestparität sind wir GRÜNE einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände wie in Norwegen werden die Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und mehr Frauen zu verantwortungsvollen Aufgaben und Positionen motivieren. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.


Auch die sich wandelnden Rollenbilder von Jungen, Männern

und Vätern nehmen wir GRÜNE in den Blick. Wir unterstützen Männer dabei, auch vermehrt „klassische Frauenberufe“ zu ergreifen. Beruf und Familie in Einklang zu bringen, ist auch ein Thema für Männer. Eine Weiterentwicklung der Elternzeit soll es auch für Männer selbstverständlicher machen, familiäre Aufgaben zu übernehmen.

Familienfreundlichkeit


Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung ermöglicht.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie: dazu gehören eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und flexible Arbeitszeitmodelle, die sich nach den Bedürfnissen der Familien richten.
- den Ausbau bedarfsorientierter Angebote für alleinerziehende Männer und Frauen in Alltag und Beruf (z. B. *Sina* ).
- freie Wahlmöglichkeiten für Frauen: Wohnortnahe Geburten ermöglichen, Kliniken müssen für alle gut erreichbar sein, alternative Möglichkeiten wie Geburtshäuser und Hausgeburten ausbauen.
- bedarfsorientierte Angebote von Hebammen für Vorsorge und Versorgung nach der Geburt vor allem in der Fläche Angebote des Frauengesundheitszentrums.


Frauen in Wirtschaft und Verwaltung

Es gibt viele gute Gründe, warum es sich für Unternehmen lohnt, die Potenziale von Frauen gezielt zu fördern. Teams mit Frauen und Männern arbeiten besser als homogene Gruppen. Teams, die zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt sind, sind innovativer und steigern den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens. Nach einer Studie erzielen Unternehmen, in deren Führungsetage mindestens drei Frauen sitzen, höhere Renditen und bessere Betriebsergebnisse. Dies lässt sich damit erklären, dass Frauen stärker solche Führungspraktiken nutzen, die besonders zur Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen beitragen. Darüber hinaus sind viele Frauen hervorragend qualifiziert. Besonders in Zeiten von Fachkräftemangel gilt es, diese Potenziale verstärkt zu nutzen.

In der Regionsverwaltung ist die Gleichstellung von Männern und Frauen ein durchgängiges Leitprinzip und seit 2010 auch ein strategisches Ziel. Mittlerweile wurde die Anwendung des *Gender Mainstreaming*  in der Regionsverwaltung durch geschlechterdifferenzierte Untersuchungen ausgewertet. Diese werden in Zukunft Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der Verwaltung haben und überholte Frauen- und Männerbilder aufweichen. Wir wollen, dass Gleichstellung nicht nur verwaltet, sondern auch gelebt wird.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- gemeinsame Konzepte für Arbeitsmarkt- und Frauenförderung.
- die Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Ziele in der Beschäftigungsförderung.


- die Unterstützung von Unternehmerinnen und Frauengerwerbezentren.
- die Erhöhung des Anteils von Frauen in leitenden Funktionen der Regionsverwaltung und in Beteiligungsgesellschaften (auch in Aufsichtsräten) der Region Hannover. Ziel ist die 50-Prozent-Quotierung.
- eine Festschreibung von Frauenförderung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- eine frauengerechte Verkehrsplanung – von Frauen und mit Frauen.
- eine konsequente Umsetzung des *Gender Budgeting*  in der Haushaltspolitik und Herstellung von Transparenz im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Geschlechter von Haushaltsansätzen auch bei Kürzungen.

Schutz vor Gewalt



Der Schutz vor allen Formen von (geschlechtsspezifischer) Gewalt ist ein wichtiges Ziel grüner Politik. Wir stehen für die finanzielle Absicherung von Beratungsstellen in der Region, damit entsprechende Beratungsangebote und Zufluchtsmöglichkeiten auch weiterhin flächendeckend und verlässlich zur Verfügung stehen.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten und Zufluchtsstätten für Frauen und Kinder.
- die Förderung einer Zufluchtsstätte für von Gewalt betroffene Mädchen und Sicherung der Frauenhäuser.

- den Ausbau von Beratungsangeboten nach dem Gewaltschutzgesetz flächendeckend im gesamten Regionsgebiet.
- die Förderung von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen. Geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit und in der Berufswahlorientierung.
- den Gewaltschutz für Frauen und Mädchen in der Familie und Anerkennung des Problems häuslicher Gewalt als ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema.
- Präventionsmaßnahmen und Schutz vor sexualisierter Gewalt für Frauen und Mädchen mit Behinderungen; Anerkennung des Problems als gesellschaftspolitisches Thema.
- Ausbau der Angebote für Täterarbeit und Prävention, etwa durch das Männerbüro oder *mannigfaltig* .

Sexuelle Orientierung & Geschlechtliche Vielfalt

Gleich welcher *sexuellen Orientierung*  oder geschlechtlichen Identität – wir setzen uns für die Gleichstellung aller Menschen ein. Insbesondere für Jugendliche kann es bei der Findung der *sexuellen Orientierung*  oder der geschlechtlichen Identität zu enormen persönlichen Problemen und Selbstzweifeln kommen. Wir benötigen auch im ländlichen Raum ein niedrighwelliges Angebot für junge Menschen, die in diesem Zusammenhang Probleme mit ihrer Umwelt und ihrem Familienhaus haben.

Anti-emanzipatorischen Bewegungen wie den „Besorgten Eltern“ treten wir mit einer breiten Förderung und Akzeptanz von *queeren*  Lebenswirklichkeiten entgegen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle, *Transgender* ⬆️, Intersexuelle und *queere* ⬆️ Menschen.
- die Unterstützung von Beratungsstellen für *Regenbogenfamilien* ⬆️.
- Maßnahmen gegen gesellschaftliche Ausgrenzung, z. B. über Angebote im Schulunterricht (Schulsozialarbeit, Lehrkräfte, Unterrichtseinheiten, Schulaufklärungsprojekte).
- niedrigschwellige Coming-out-Beratungsangebote (wahlweise anonym oder telefonisch und per Internet) insbesondere für Jugendliche im gesamten Regionsgebiet.
- kultursensible Beratungsangebote für Lesben, Schwule, Bisexuelle, *Transgender* ⬆️, Intersexuelle und *queere* ⬆️ Menschen mit Migrationshintergrund.

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Ältere Menschen wollen länger ein aktives, selbstbestimmtes und eigenständiges Leben führen. Dies zu unterstützen ist auch das Ziel grüner Senior*innenpolitik. Die Zahlen im Sozialbericht 2015 der Region Hannover prognostizieren, dass in der Region Hannover die Zahl der 75-jährigen Menschen zukünftig zunehmen wird.

Wir GRÜNE möchten, dass alte Menschen am sozialen Leben teilnehmen können. Auch hochbetagte Menschen wollen bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden und so lange wie möglich in der eigenen Wohnung, in einer nachbarschaftlich oder gemeinschaftlich organisierten Wohnform oder in Pflegegemeinschaften leben können.

Für pflegebedürftige Menschen gilt entsprechend des Pflegeversicherungsgesetzes in der Region Hannover der Grundsatz *ambulant vor stationär*. Um den Anteil der ambulanten Versorgung erhöhen zu können, sind mehr kommunale Steuerungsmöglichkeiten wünschenswert. Für pflegebedürftige Menschen und Angehörige ist es entscheidend, dass sie eine gute Beratung bekommen, die sich an ihren Bedürfnissen und Wünschen orientiert.

Für die größer werdende Gruppe pflegebedürftiger Migrant*innen müssen wir verstärkt interkulturelle Hilfe- und Pflegeangebote entwickeln. Ältere Migrant*innen nehmen die vorhandenen Möglichkeiten deutlich seltener wahr. Dies ist oftmals auf institutionelle Zugangs- und Sprachbarrieren und fehlende interkulturelle Erfahrungen auf beiden Seiten zurückzuführen.

Durch den Aufbau von sogenannten Pflegestützpunkten in der

Region Hannover zur Beratung von pflegebedürftigen Menschen und deren Familien haben wir einen wichtigen Schritt getan. Das Wohnraumförderprogramm der Region Hannover trägt den Anforderungen altersgerechten Wohnens und der Förderung entsprechender Modellprojekte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter Rechnung.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- weitere Modellprojekte für altersgerechtes Wohnen und den Ausbau von altersgerechten Wohnungen.
- die Unterstützung und Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt.
- den Ausbau ambulanter und teilstationärer Pflegemöglichkeiten.
- die Erweiterung einer kultursensiblen Pflegeberatung in den Pflegestützpunkten der Region Hannover.
- die Förderung generationsübergreifender Wohnformen.



Bessere Nahversorgung – besser mobil

Die demografische Entwicklung geht auch an der Region Hannover nicht vorbei. Wir wollen nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft in den Fokus nehmen. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung in der Region Hannover erfordert vielfältige Anpassungsprozesse in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dies betrifft insbesondere soziale Infrastrukturen (wie etwa medizinische Versorgungs- und Pflegeeinrichtungen) sowie Nahversorgungseinrichtungen (wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel und Drogerieartikel).

Wir möchten, dass ältere Menschen mobil sind und auch bleiben können. Deswegen unterstützen wir weiterhin den barrierefreien Ausbau der Bus- und Stadtbahnhaltestellen und den Üstra-Fahrgastbegleitservice. Dieser hilft mobilitätseingeschränkten Fahrgästen beim Ein- und Aussteigen und bei der Benutzung von Aufzügen. Diesen Service wollen wir künftig auch auf das Umland und die Abendstunden ausweiten.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Unterstützung für innovative Möglichkeiten der Versorgung mit dezentralen Infrastruktureinrichtungen, etwa im Einzelhandel (*Bürgerläden*) und bei Dienstleistungen.
- die Berücksichtigung von Infrastrukturen bei der Siedlungsentwicklung.
- die Stärkung von selbstorganisierten Strukturen.

- eine Überarbeitung des ÖPNV  -Netzes im Sinne intelligenter, wirtschaftlich sinnvoller und sozial orientierter Lösungen für den ländlichen Raum im Hinblick auf den demografischen Wandel.
- die Weiterführung des barrierefreien Ausbaus von Haltestellen.
- Barrierefreiheit, auch bezüglich Sehbehinderungen.
- die Sicherung eines angemessenen und verlässlichen Einsatzes barrierefreier Fahrzeuge.
- ein umfassendes Informationssystem für mobilitätseingeschränkte Menschen.
- die Ausweitung des Begleitservices für mobilitätseingeschränkte Menschen auch auf das Umland und die Abendstunden.
- eine mittelfristige Ausstattung aller Busse, die in der Region Hannover im Einsatz sind, mit absenkbarer *Niederflurtechnik*  und Rampen.

Menschen mit Behinderungen

Wir GRÜNEN wollen, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir fühlen uns der Umsetzung der 2009 beschlossenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen verpflichtet. Mit einem kommunalen Aktionsplan *Inklusive Region Hannover* werden wir unseren Beitrag zur größtmöglichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft leisten. Dieser wird im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens erstellt, das eine echte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen im Sinne von „Nicht über uns ohne uns“ gewährleistet.

Dank grüner Politik hat die Verwaltung alle bestehenden Inklusionsmaßnahmen der Region Hannover erhoben. Auf deren Grundlage kann nun ein Aktionsplan entwickelt werden. Der barrierefreie Ausbau von Bus- und Bahn-Haltestellen wurde weitergeführt. Der barrierefreie Zugang zu regionseigenen Gebäuden wurde verbessert und es wurden Rampen für Rollstuhlfahrer*innen gebaut, die den barrierefreien Zugang zu Naherholungszielen ermöglichen. Wir haben uns erfolgreich für die Förderung barrierefreien Wohnraums eingesetzt und Informationsmaterial der Region Hannover in leichter Sprache auf den Weg gebracht. Wir GRÜNE haben die Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle Inklusion politisch unterstützt. Ziel dieser Stelle ist die strukturelle Unterstützung der Bereiche Soziales und Jugend. Sie ist für die übergreifende konzeptionelle Arbeit zum Thema Inklusion verantwortlich.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Erarbeitung eines Aktionsplans in den Handlungsfeldern *Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Freizeit, Mobilität und Wohnen*, in dem Maßnahmen, Zeitpläne und Ziele zur Umsetzung definiert und mögliche Schnittstellen zu anderen Zuständigkeiten dargestellt und auf ihre Machbarkeit geprüft werden sollen.
- die Einrichtung einer *Stabsstelle Inklusion*, die für die Umsetzung und inhaltliche Begleitung des Aktionsplans verantwortlich ist.

Gesundheit für alle

Alle Menschen in der Region Hannover haben das gleiche Recht auf eine angemessene medizinische Versorgung. Eine regionale Versorgung und ein gerechter Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung und Prävention für alle Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, sozialen Lage und ihres Alters sind dafür zentrale Voraussetzungen. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, wie gut die Gesundheitsversorgung ausfällt.

Die ständige Weiterentwicklung der Qualität der pflegerischen und medizinischen Versorgung, die Zufriedenheit und der Abbau von berufsspezifischen Belastungen für die Mitarbeiter*innen sind wichtige Ziele bei zukünftigen Investitionen in das Klinikum Region Hannover.

Die Region Hannover ist seit 2014 Teil des Projekts *Gesundheitsregionen* des Landes Niedersachsen. Das Projekt hat das Ziel, auf kommunaler Ebene langfristig tragfähige Vernetzungsstrukturen zu schaffen, um die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung in den niedersächsischen Kommunen zu stärken. Für die Region Hannover heißt das: Lösungen aus der Region für die Region. Eine Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen definieren Handlungsfelder und entwickeln Projektvorschläge, um die Gesundheitsvorsorge in der Region zu verbessern. Die Arbeit wird in regionalen Gesundheitskonferenzen der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Arbeit werden wir auch in der kommenden Wahlperiode politisch begleiten und unterstützen.

Mit der Medizin-Strategie 2020 hat das Klinikum Region Hannover die richtigen Weichen gestellt und sichert so die

wirtschaftliche Tragfähigkeit als kommunales Unternehmen. Mit dem Neubau der Klinik Siloah haben wir ein höchst modernes Krankenhaus für die Versorgung der Menschen in der Region Hannover geschaffen. In der letzten Wahlperiode haben wir GRÜNE uns für die Patient*innenrechte stark gemacht und Patientenbeauftragte in allen Kliniken des KRH eingeführt.

Zur Daseinsvorsorge gehören auch qualifizierte Rettungsdienste, die im Bedarfsfall schnell und kompetent Hilfe leisten. Die Region Hannover ist zuständig für die Sicherstellung des Rettungswesens außerhalb der Landeshauptstadt Hannover.

Wir GRÜNE haben die Einrichtung eines webbasierten Rettungs- und Versorgungsmeldesystems für alle Krankenhäuser in der Region Hannover erreicht. Damit sind kürzere Wege, eine schnellere Versorgung und eine Optimierung der Rettungs- und Versorgungsprozesse gewährleistet.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- ein Klinikum Region Hannover in kommunaler Trägerschaft zur weiteren Sicherung der regionalen Gesundheitsversorgung.
- den Ausbau des Klinikums der Region Hannover zum regionalen Gesundheitsversorger, sowohl ambulant als auch stationär.
- den Erhalt der Standorte Lehrte und Großburgwedel.
- die Sicherung der Notfallversorgung in Springe.
- höchstmögliche Qualität in der ärztlichen und pflegerischen Versorgung.
- eine hochwertige stationäre Geburtshilfe in der Region Hannover.

- die Prüfung zusätzlicher ambulanter Angebote wie etwa Einrichtung eines Geburtshauses.
- eine moderne altersgerechte Medizin, um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen.
- eine betriebliche Gesundheitsförderung in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen der Region Hannover als Arbeitgeberin.
- Erhalt der Qualität im Rettungsdienst in der Region Hannover.
- weiteren Ausbau der gemeinsamen Strukturen des Bevölkerungsschutzes zwischen der Region und der Landeshauptstadt.

Multiresistente Keime – eine wachsende Herausforderung

Die weltweite Zunahme von Antibiotika-Resistenzen gehört nach Einschätzung der WHO zu den größten Gefahren für die menschliche Gesundheit. Der globale Verbrauch an Antibiotika ist zwischen 2000 und 2010 drastisch gestiegen. In Deutschland werden rund ein Drittel aller Antibiotikagaben in der Humanmedizin unnötig, zu lange oder falsch verabreicht. Eine hohe Zahl von Bundesbürger*innen trägt resistente Keime in sich - mit steigender Tendenz. Können wir diese Entwicklung nicht stoppen, werden multiresistente Keime 2050 weltweit die Haupttodesursache sein. Vor allem eine Senkung des Antibiotikaeinsatzes bei Mensch und Tier kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Dadurch werden weniger Keime selektiert und in die Umwelt eingetragen. Darüber hinaus spielen Infektionsprävention und Hygiene eine entscheidende Rolle, um die Ausbreitung durch Übertragung zu begrenzen.

Wir GRÜNE sprechen uns daher für dringende eindämmende Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung aus, wie zum Beispiel Begrenzung der Besatzdichten oder Abkehr von der Behandlung ganzer Tierbestände. Auf Landesebene schöpfen wir hier alle rechtlichen Möglichkeiten aus. Darüber hinaus können wir gegen dieses Problem im Gesundheits- und Krankenhauswesen, gerade auch auf kommunaler Ebene, mit zielgerichteten Maßnahmen angehen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- einen regionalen Aktionsplan zur Eindämmung der Gefahr von multiresistenten Keimen. Der Aktionsplan soll gemeinsam mit der Region und den Akteur*innen, wie sie die Hygieneverordnung des Landes Niedersachsen vorsieht, erarbeitet werden.
- Gespräche der Region und der entsprechenden Akteur*innen am runden Tisch, um gemeinsam kommunale Maßnahmen zu erarbeiten.
- mit allen Trägern der Gesundheitsversorgung wird eine Aufklärungskampagne zur Sensibilisierung für das Problem multiresistente Keime in der Gesundheitsversorgung gestartet.

Gesundheitsförderung

Armut macht krank, dieser Zusammenhang ist hinreichend belegt. Wir setzen uns daher für gleiche Gesundheitschancen für alle Menschen in der Region Hannover ein. Dabei setzen wir vor allem auf die Schaffung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wir machen uns für weniger Umweltbelastungen stark und wollen gesunde Ernährung und öffentliche Spiel- und Bewegungsräume fördern. Die vielfältigen Aktivitäten zur Förderung der Gesundheit in der Region wollen wir stärker bündeln, vor allem in Kitas und Schulen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Erstellung eines Kindergesundheitsberichts der Region Hannover.
- zielgruppenorientierte Gesundheitsförderungsprogramme auf Grundlage der Gesundheitsberichterstattung.
- eine Weiterführung der Präventionsprojekte in Kitas und Schulen in den Bereichen Ernährung und Bewegung.
- den Erhalt und die weitere Förderung der Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen.

Zugang zur medizinischen Versorgung für Geflüchtete

Im deutschen Gesundheitssystem existieren Hemmnisse, die abgebaut werden müssen, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung für Geflüchtete zu schaffen. Dies gilt sowohl für Geflüchtete im Asylverfahren oder mit Duldung als auch für Migrant*innen aus der EU ohne Krankenversicherung oder Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus.

Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) haben bisher nur Anspruch auf reduzierte medizinische Leistungen. Eine elektronische Gesundheitskarte würde den Zugang zur medizinischen Versorgung erleichtern.

Psychische Gesundheit

Seit einigen Jahren nehmen psychische Störungen bzw. Erkrankungen in allen Altersgruppen stetig zu. Insbesondere leiden immer mehr Menschen unter Depressionen, Suchterkrankungen und Persönlichkeitsstörungen. Es haben nicht alle Bevölkerungsschichten in gleicher Weise Zugang zu den in der Region sehr gut ausgebauten ambulanten wie stationären Behandlungs-, Beratungs-, Pflege- und Präventionsangeboten – trotz des umfangreichen Wissens über erfolgreiche Behandlung, Pflege, Beratung und Prävention bei psychischen Erkrankungen.

Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund werden schlechter als der Durchschnitt erreicht, da sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede noch nicht ausreichend berücksichtigt werden und in den Einrichtungen entsprechende Fachkräfte mit interkulturellen Kompetenzen in zu geringer Zahl oder gar nicht arbeiten. Versorgungslücken gibt es auch noch bei Angeboten für Kinder und Jugendliche und bei der Behandlung und Betreuung von Obdachlosen und Asylbewerber*innen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Präventionsprojekte im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, zum Beispiel das Projekt *Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern*.
- ausreichende und bedarfsorientierte Therapieangebote für Kinder und Jugendliche.
- Stärkung der Beratungs- und Präventionsangebote für psychisch erkrankte Migrant*innen und deren Familien.
- Sicherstellung der ambulanten Behandlung von Obdachlosen und Asylbewerber*innen wie auch von Menschen ohne Papiere.

Suchtmittel und Abhängigkeit: Prävention stützen, Hilfen zur Integration anbieten

Suchtkrankheiten betreffen alle sozialen Schichten und sind weitgehend davon unabhängig, ob der süchtig machende Stoff legal ist oder nicht. Neben den gesundheitlichen und finanziellen Auswirkungen für Konsument*innen ist auch das jeweilige soziale Umfeld von den Folgen der Suchtabhängigkeit betroffen.

In einen verantwortlichen Umgang mit Suchtabhängigkeit müssen alle legalen Drogen wie Alkohol, Tabak und Medikamente, illegale Drogen sowie stoffungebundenes Risikoverhalten wie Glücksspiel, Mediensucht oder Shoppen gleichermaßen miteinbezogen werden.

Für uns gehören differenzierte präventive Maßnahmen, die Abhängigkeit verhindern oder verringern, in den Mittelpunkt der Suchthilfe. Diese müssen bei Kindern und Jugendlichen ansetzen und auch geschlechtsspezifische Angebote umfassen. Wir wollen weg von der Kriminalisierung hin zu mehr Prävention und Aufklärung.

Auch fordern wir im Bereich der illegalen Drogen eine akzeptierende Drogenarbeit, die durch Einbeziehung von Drogensatzangeboten und der kontrollierten, medizinisch begleiteten Abgabe von Drogen Beschaffungskriminalität vermeidet. Zur Unterstützung dieser Arbeit ist ein abgestimmtes Vorgehen von Suchtsozialarbeit und Polizei notwendig.

So vielfältig die Ursachen für Abhängigkeitserkrankungen sind, so unterschiedlich ist der Hilfebedarf für diejenigen Konsumenten, die nicht mehr selbstbestimmt über ihren Drogenkonsum entscheiden können. Wir setzen in der Suchthilfe auf vernetzte und differenzierte Angebote von Suchtberatung, -begleitung, -betreuung und -behandlung. In diesem Zusammenhang unterstützen wir regionale Angebote der Substitutionsbehandlung und die Regelbehandlung mit Diamorphin. Suchtkranke und suchtgefährdete Menschen mit Migrationshintergrund und -erfahrung benötigen kultursensible Beratung und Hilfen.

Ebenfalls muss der demographischen Entwicklung Rechnung getragen werden, denn Sucht macht nicht vor dem Alter halt. Hier gilt es, bedarfsgerechte Zugangswege und Hilfen für ältere Menschen und deren Angehörige zu schaffen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Beantragung eines mehrjährigen Modellprojektes beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zum regulierten Verkauf von Cannabis.
- den Ausbau der Präventionsangebote, vor allem für Kinder und Jugendliche, Weiterführung der Suchtpräventionsprogramme der Region Hannover in Kindertagesstätten und Schulen.
- die Absicherung der finanziellen Mittel für die Arbeit der Suchthilfe, für ambulante und teilstationäre Angebote.
- die Absicherung der psychosozialen Begleitung von Suchtabhängigen im Rahmen der suchtmmedizinischen Versorgung.
- die Unterstützung von Kooperationen der Sucht- und Altenhilfe vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Teilhabe und Partizipation – Zuwanderung als Chance begreifen

In der Region Hannover leben heute mehr als 200.000 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Ihre Partizipation und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft wird bereits seit Jahren engagiert und erfolgreich von der Politik, der Regionsverwaltung, den 21 Kommunen, freien Trägerorganisationen und Vereinen sowie Ehrenamtlichen und Initiativen unterstützt.

Viele Einwohner*innen unseres Landes haben die Herausforderung angenommen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dies auch in Zukunft sein wird. Viele haben Berührungspunkte im Umgang miteinander abgebaut. Wir GRÜNE wollen Integrationspolitik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickeln, so dass sie selbstbestimmt und gleichberechtigt umgesetzt werden kann. Wir wollen die Teilhabe aller hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft. Wir wollen, dass Ausländer*innen und Geflüchtete zu Bürger*innen werden. Dafür braucht es echte Chancengerechtigkeit.

So viele Menschen wie nie zuvor suchen bei uns Schutz und einen Neubeginn. Es ist absehbar, dass auch in den kommenden Jahren Einwanderung die Bevölkerungsentwicklung in der Region Hannover prägen wird. Das stellt unsere Gesellschaft und Infrastruktur vor große Herausforderungen. Wir sehen die notwendigen Anstrengungen – wir sehen aber auch die großen Chancen für unsere Region und die Menschen.

Die Menschen in der Region haben bisher eine großartige

Hilfsbereitschaft und ehrenamtliches Engagement gezeigt. Dies verdient unsere höchste Anerkennung. Die Politik muss dieses Engagement unterstützen. Wenn Kommunen bei all ihrer Hilfsbereitschaft an ihre Grenzen stoßen, müssen wir auf die gesamtstaatliche Verantwortung in Deutschland und auf die Solidarität in der Europäischen Union pochen. Land, Bund und EU stehen in der Verantwortung, die entsprechenden Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Herausforderungen in der Region Hannover zu schaffen.

Wir GRÜNE haben einen Aktionsplan für ein solidarisches Zusammenleben in der Region Hannover initiiert, um ein Handlungskonzept für die erfolgreiche und solidarische Koordinierung von Migration und Flüchtlingsfragen auf den Weg zu bringen. Dieses Handlungskonzept wollen wir schnell und konsequent umsetzen, denn eine gelungene Integration ist der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben aller Einwohner*innen der Region Hannover. Dabei haben wir folgende Leitlinien verabredet:

Eine Integration in unsere Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sie als gesellschaftliche Aufgabe begriffen und sowohl in der Verwaltung, dem Arbeitsmarkt, der Bildung, dem Wohnungsbau als auch in der Zivilgesellschaft als allgegenwärtige Herausforderung und Chance gelebt wird. Das kann nur gelingen, wenn alle Seiten voneinander und miteinander lernen und ihre jeweilige Aufgabe und Verantwortung ernst nehmen. Die frühzeitige Aktivierung der Fähigkeiten von Schutzsuchenden und Migrant*innen ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen.

Ziel bleibt es – wie bereits in der Vergangenheit geschehen – solidarisch und nachhaltig zu wirtschaften, damit Teilen der

Bevölkerung aus der Aufnahme der Schutzsuchenden heraus keine Nachteile entstehen. Leistungskürzungen und Angebots-einschränkungen sind zu vermeiden.




Die Region Hannover steht vor der Herausforderung, den hier ankommenden Geflüchteten und schutzsuchenden Menschen angemessene und menschenwürdige Hilfen zu gewähren. Die Dimension der notwendigen Maßnahmen war bis vor einem Jahr so nicht abschätzbar. Der daraus resultierende Koordinierungsbedarf ist erheblich und muss zwischen der Region Hannover und den ihr angehörenden Kommunen entsprechend ihrer Zuständigkeit solidarisch geregelt werden.

Unser Gemeinwesen steht vor einer Bewährungsprobe, die allen Beteiligten ein Höchstmaß an Engagement und Professionalität abverlangt. Den ehrenamtlich Tätigen, denen höchste Anerkennung gebührt und die bisher in zahlreichen Bereichen die Hauptlast getragen haben, muss künftig stärker als bisher organisatorisch und helfend beigestanden werden.

Die Herausforderungen sind durch die Region Hannover zu lenken, in Teilen für die regionsangehörigen Kommunen im Umland zu bündeln und zu koordinieren. Daher werden wir GRÜNE uns dafür einsetzen, weitere Mittel und Ressourcen zur Verfügung zu stellen und Hilfen effektiv und wirkungsvoll einzusetzen.

Im Jahr 2016 hat die Region Hannover die Kommunen bei der Finanzierung von Sozialarbeiter*innen mit 5,6 Millionen Euro unterstützt. Für die Unterbringung von Schutzsuchenden in den Städten und Gemeinden investierte die Region 100 Millionen Euro.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Einrichtung von kommunalen Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe im Umland mit finanzieller Unterstützung durch die Region Hannover in Anlehnung an die Richtlinie für Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe.
- Einrichtung eines eigenständigen Fachausschusses für Migration und Teilhabe.
- Einrichtung einer *Stabsstelle Migration und Teilhabe* in der Regionsverwaltung, die auch für den Fachausschuss zuständig ist.
- weiteren Vorrang der dezentralen Unterbringung nach einem Rückgang der hohen Zahl an Schutzsuchenden.
- Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte, um zumindest den Zugang zu medizinischer Versorgung für Geflüchtete zu erleichtern, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bisher nur Anspruch auf reduzierte medizinische Leistungen haben.
- Ausbau des Dolmetscher*innenpools.
- Berücksichtigung der besonderen Schutzbedarfe von (auch sexueller) Gewalt betroffener Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, *Transgender* , Intersexuellen und *queeren*  Menschen bei der Unterbringung.
- mehr Angebote zur Beratung und sozialen Betreuung von (auch sexueller) Gewalt betroffene Frauen, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, *Transgender* , Intersexuellen und *queeren*  Menschen.
- Kinderbetreuung bei Sprachkursen, die die Region Hannover ggf. finanziert oder organisiert.
- interkulturelle Öffnung der Regionsverwaltung und der regionseigenen Töchter und anderer Institutionen (vermehrte

Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund oder Migrationserfahrung).

- Stärkung und wertschätzende Einbeziehung der Rolle von Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) in die Integrationsprozesse.
- eine verbesserte finanzielle Ausstattung des Fonds *Miteinander – gemeinsam für Integration*.

Gleichberechtigte Teilhabe in der Aus- und Weiterbildung

Von entscheidender Bedeutung für Teilhabe und Chancengerechtigkeit ist der Zugang zu Sprache und Bildung. Deshalb fängt Integration bei den Kleinen an: Kinder mit ausländischen Wurzeln dürfen nicht länger auf der Strecke bleiben. Das übergeordnete Ziel ist es, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Mit mehr Kinderbetreuung und besserer Sprachförderung sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit. Mehrsprachigkeit wollen wir als Ressource nutzen.

Darüber hinaus muss sich die Region Hannover verstärkt um Kinder und Jugendliche kümmern, die mit ihren Eltern nach Deutschland geflohen sind. Sie müssen schnell über die Kita oder die Schule integriert werden. Kinder und Jugendliche lernen Sprache wesentlich schneller im Umgang mit Gleichaltrigen.


Besonders hilfsbedürftig sind die sogenannten unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (UMA), die vermehrt in der Region Hannover aufgenommen werden. Gerade Kinder und Jugendliche, die ihre Familien zurücklassen mussten oder auf der Flucht verloren haben, bedürfen sozialpädagogischer Betreuung. Wir GRÜNE bekennen uns klar zur besonderen Schutzbedürftigkeit dieser Personengruppe. Es müssen alle sozialpädagogischen Mittel genutzt werden, um diesen jungen Menschen die altersgerechte Verarbeitung ihrer teils traumatischen Erlebnisse zu ermöglichen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine Intensivierung der Sprachförderung für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund.
- ausreichende Mittel für die Organisation und die Koordination von Sprachangeboten in der Region und den Kommunen und eine Verbesserung der oftmals prekären Arbeitsbedingungen der Lehrenden im Bereich Deutsch als Fremdsprache durch das Land Niedersachsen und durch den Bund.
- Ausdehnung der Schulsozialarbeit – in allgemeinbildenden und in berufsbildenden Schulen.
- eine kinder- und jugendgerechte Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und schnellstmögliche Öffnung des Bildungssystems.

Partizipation und Teilhabe in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt

Migrant*innen tragen schon seit Jahrzehnten wesentlich zum Wohlstand unseres Landes bei. Und auch in Zukunft werden wir auf Zuwanderung angewiesen sein. Wir wollen die Chancen dieser Vielfalt mit einer aktiven Integrationspolitik weiter nutzen und gezielt fördern. Von einer erfolgreichen Integration profitieren wir alle. Denn wir leben in einer immer älter werdenden Gesellschaft, der es an Nachwuchs fehlt. Das hat Folgen, auch und gerade für unsere Wirtschaft. So ist der Fachkräftemangel in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen oder im Pflegebereich längst Wirklichkeit.

Wir sind auf die Potenziale aller hier lebenden Menschen und die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Viele qualifizierte Einwander*innen können bisher nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt wurden. Vor dem Hintergrund unserer unter dem Fachkräftemangel leidenden Wirtschaft wird ein Umdenken in der Migrationspolitik noch dringlicher. Wir GRÜNE wollen, etwa durch die leichtere Anerkennung ausländischer Zeugnisse, den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene für ein modernes Einwanderungsgesetz ein. Ausländische Beschäftigte müssen gleichbehandelt und ihnen muss eine arbeitsrechtliche Beratung und Unterstützung angeboten werden. Die interkulturelle Existenzgründungsberatung für Migrant*innen durch *hannoverimpuls*  ist ein positives Beispiel für gelungene Unterstützung.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine Beschäftigungsförderung für Einwander*innen.
- die Weiterführung der Existenzgründungsberatung für Migrant*innen durch die Region.
- leichtere Anerkennung der im Ausland erworbener Berufsqualifikationen.
- eine Erhöhung des Angebots und der Qualität von Sprachkursen.
- Verlagerung der Koordination und Mittelverwaltung der Sprachkurse vom BAMF auf die Jobcenter.
- Maßnahmen, die Arbeitspraxis, Qualifizierung und Sprachförderung verknüpfen.
- eine Erleichterung des Zugangs zu Betriebspraktika.
- Weitere berufsbegleitende Sprachförderung.
- eine Ausweitung des Bildungsangebots für Geflüchtete, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen, aber auch in den allgemeinbildenden Schulen.
- einen möglichst frühen Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt bei entsprechender Eignung.

Aufstehen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Wir GRÜNE treten für eine weltoffene und gleichberechtigte Gesellschaft und für die Verteidigung unserer Demokratie und Menschenrechte ein.

Das Erstarken rechtspopulistischer und -extremer Gruppierungen ist brandgefährlich. Rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Migrant*innen, deren Unterstützer*innen und Andersdenkende führt zu einer radikalen Stimmung, in der Brandstiftung, Morddrohungen und Gewalt gegen Menschen zur Tagesordnung gehören. Wir GRÜNE in der Region Hannover treten menschenverachtender Stimmungsmache jedweder Art entgegen und zeigen weiterhin klare Kante gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Gewalt – im Parlament und auf der Straße. Wir verteidigen unsere Freiheit, Gleichheit und das Grundrecht auf Asyl. Statt Stacheldraht und Schießbefehl, Hetze und Hass haben wir mit Sprachkursen, Bildung, Wohnraum und Arbeit die richtigen Antworten für Menschen, die bei uns Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen.

Im letzten Jahr gab es über 1.000 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland, leider auch in der Region Hannover. Diese Anschläge sind eine Gefahr für unsere Demokratie und müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Wichtige Bündnisse wie *Bunt statt Braun* in Hannover und *Barsinghausen ist bunt* haben durch eindrucksvolle Demonstrationen deutlich gemacht, dass die Region Hannover gegen den braunen Mob zusammensteht. Das Portal *Für Vielfalt – gegen Rechtsextremismus* stellt den

Bürgerinnen und Bürgern in der Region Hannover umfassende Informationen über die rechte Szene und über eigene Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zur Verfügung. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen. Daher setzen wir GRÜNE uns für eine aktive Gedenkkultur ein, die an die NS-Verbrechen und den nationalsozialistischen Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas erinnert. Dafür sind wir mit der Neukonzeption der Gedenkstätte Ahlem als interkultureller Lernort auf dem Gelände der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule einen wichtigen Schritt gegangen.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle bei der Region Hannover.
- die Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie für die Regionsverwaltung.
- den Ausbau der interkulturellen Kompetenz von Verwaltungsmitarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit.
- den Ausbau, die Unterstützung und bessere Vernetzung der kommunalen Präventionsräte.
- die Stärkung der Stelle gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in der Regionsverwaltung.
- die Stärkung und Vernetzung der aktiven Zivilgesellschaft in den Bündnissen, runden Tischen und ehrenamtlichen Initiativen in den Kommunen.
- Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus oder jedwede andere Form der Diskriminierung an den Berufsschulen.
- die Weiterführung und Stärkung der internationalen Wochen gegen Rassismus.

- das Verbot von einschlägig rechter Kleidung und Symbolen in öffentlichen Einrichtungen.
- eine aktive Gedenkkultur in der Gedenkstätte Ahlem: Verknüpfung der Geschichte mit Rechtsextremismus und menschenfeindlichem Gedankengut in der Gegenwart.

B. GRÜN für eine lebenswerte Region

Klima und Umwelt

Wir GRÜNE sorgen für ein gesundes Leben und eine intakte Umwelt und erhalten unsere Lebensgrundlagen, indem wir Wasser, Luft, Boden und Lebewesen schützen. Damit bewahren wir Naturräume für zukünftige Generationen. Das sichert Tiere und Pflanzen in ihrer Artenvielfalt. Darum setzen wir GRÜNE uns für eine klimaneutrale Region Hannover und den Schutz und die Verbesserung der biologischen Vielfalt ein. In der *Regionalplanung*  fordern wir eine konsequente Begrenzung von Flächenversiegelung.

Mehr Energie für den Klimaschutz



Unser Ziel ist die klimaneutrale Region 2050. **Dazu hat sich die Region mit Regionskommunen, Wirtschaft und Wissenschaft auf den Masterplan Klimaschutz geeinigt. Diesen Masterplan unterstützen wir.** Die klimaneutrale Region kann – den Vereinbarungen von Paris beim Weltklimagipfel folgend – nur durch konsequente Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz erreicht werden. Dazu muss der Verbrauch von Strom, Wärme und Treibstoff drastisch reduziert werden.

Eine zukunftsfähige Energieversorgung muss nachhaltig sein. Sie darf vorhandene Rohstoffe nicht aufzehren und kommenden Generationen keine Altlasten hinterlassen. Atommüll oder Tagabauwüsten burden unseren Kindern und Enkel*innen enorme Kosten und Gesundheitsrisiken auf.


Klimaschutz ist nicht nur Umweltschutz, sondern auch ein Arbeitsplatzmotor in Handwerk und Industrie, der wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile schafft. Dazu hat sich die Region mit Regionalkommunen, Wirtschaft und Wissenschaft auf den Masterplan Klimaschutz geeinigt. Diesen Masterplan unterstützen wir ausdrücklich.


Wir GRÜNE setzen auf Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien. Als Zwischenschritt wollen wir die CO₂-Emissionen in der Region Hannover bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 senken.

Viele von uns GRÜNEN forcierte Programme zum Energiesparen leisten dabei ihren Beitrag: z. B. der *Stromspar-Check* – eine Stromeinsparhilfe für einkommensschwache Haushalte –, die *Heizungsvisite* als unabhängigen und kostenlosen Check der Heizungsanlage und *Gut beraten starten* – eine kostenlose, unabhängige Energieberatung für Ein- und Mehrfamilienhäuser. Privathaushalte können so ihren Energieverbrauch und CO₂-Emissionen senken und Kosten sparen.


Wir unterstützen das *Klimaschutzkonzept*  für die Regionsverwaltung. Die Region Hannover bezieht heute CO₂-armen, kohle- und atomfreien Strom und setzt ein Prozent ihres Gesamthaushalts für den Klimaschutz ein. Ein zentrales Energie-*Controlling*  für alle Gebäude der Region, zusätzliche Mittel für den Bau von Solarstromspeichern, Umstellung auf klimafreundliche Beschaffung und erhöhte Energieeffizienz im IT-Bereich unterstützen maßgeblich unsere ambitionierten CO₂-Reduktionsziele.




Wir GRÜNE haben mit einem Konjunkturprogramm die energetische Sanierung der regionseigenen Schulen über den gesetzlichen Rahmen hinaus vorangetrieben und den Passivhausstandard für regionseigene Neubauten umgesetzt. Auch in Zukunft setzen wir GRÜNE uns für die Anhebung der ökologischen Standards beim Bauen öffentlicher Gebäude ein. Bauten nach Plusenergiestandard sind die Zukunft im Gebäudemanagement.

Die Klimaschutzmaßnahmen in der Regionsverwaltung haben wir mit einer entsprechenden Leitstelle verankert. Mit der *Klimaschutzagentur*  besitzt die Region Hannover eine hervorragende und kompetente Beratungseinrichtung, die entscheidende Impulse für den Energie- und Klimaschutzstandort Region Hannover geleistet hat und leistet.

Eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren wird die durch den Klimawandel notwendige Folgenanpassung sein. Wir brauchen besseren Hochwasserschutz, *Frischluftschneisen*  für bebauten Gebiete und Vorkehrungen, um längere Hitzeperioden bewältigen zu können.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:



- eine klimaneutrale Region Hannover 2050.
- die Stärkung der Arbeit der *Klimaschutzagentur* .
- die Unterstützung der Arbeit der Klimaschutzmanager*innen in den Regionsgemeinden.
- die weitere Förderung von Beratungsleistungen für die Bevölkerung.
- die Sicherung und Neuaufstellung von Förderprogrammen für Kraft-Wärme-Kopplung.

- die Unterstützung der energetischen Quartiersentwicklung (unter anderem Nahwärmenetze).
- die Gründung und den Aufbau von Bürgerenergiegenossenschaften.
- Leuchtturmförderung herausragender Projekte im Klimaschutz und Stärkung des Regionsförderprogramms für die Anschubfinanzierung von energetisch optimierten Vorreiterprojekten.
- die Weiterführung der energetischen Sanierung von (Vereins-)Sportstätten im Rahmen des Programms *eco.sport* .
- die Beratung von Kantinen für ein vielfältiges vegetarisches und veganes Angebot in der Region Hannover, z. B. durch das Projekt *aromaTisch vegetarisch*.
- weitere energetische Sanierung der regionseigenen Gebäude weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus.
- die Anhebung der ökologischen Standards beim Bauen im kommunalen Einflussbereich.
- Gründächer und Photovoltaik mit Eigenstromnutzung auf Gebäuden von regionseigenen Neu- und Umbauten und den Einsatz von *Stromspeichern* .
- die Berücksichtigung von Klimaschutzziele sowohl bei Beschaffungen als auch dem Mobilitätsverhalten der Verwaltung.
- den Einsatz sparsamer Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Motoren für die Regionsverwaltung und ihre Beteiligungsunternehmen.
- die Fortschreibung des neuen klimaoptimierten *Regionalen Raumordnungsprogramms (RRÖP)*  2015.
- die Regeneration von Nieder- und Hochmooren in der Region Hannover.




- die verstärkte Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei Flächenplanungen.
- den Erhalt und die Erweiterung der Überschwemmungsgebiete von Flüssen und Bächen für den Hochwasserschutz und den Schutz vor den Folgen des Klimawandels.


Erneuerbare Energien

Nur eine Energieversorgung, die sich zu 100 Prozent aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme speist, ist auf Dauer nachhaltig. Mit grüner Energiepolitik lässt sich eine nachhaltige und klimafreundliche Energieversorgung schaffen.

Das *Regionale Raumordnungsprogramm (RROP)*  ist ein wesentliches Instrument, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. Im neuen klimaoptimierten *RROP 2015* können wir Windenergievorrangstandorte auf 1,4 bis 1,8 Prozent der Regi-
onsfläche ausweisen (*Regionalplanung* ). Ein wichtiger Beitrag zur Entstehung des *RROP* war für uns GRÜNE die Entwicklung eines Zukunftsbildes an der die Bürger*innen intensiv beteiligt waren.



Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine Stärkung der regenerativen Energieerzeugung, auch durch den Ersatz älterer, leistungsschwächerer Windenergieanlagen und die bessere Ausnutzung vorhandener Standorte (*Repowering* ).
- öffentliche Kampagnen wie beispielsweise Solarwettbewerbe und Solarwochen der *Klimaschutzagentur* .
- integrierte *Klimaschutzkonzepte*  für bestehende und neue

- Gewerbegebiete (*Null-Emissions-Park* ).
- eine Ausweisung neuer Vorrangstandorte für Windenergieanlagen unter Einhaltung der Abstände zur Wohnbebauung und eine differenzierte Betrachtung von Abständen zu Gewerbeflächen.
- den Erhalt der biologischen Vielfalt, die dem Ausbau der Biomasse als erneuerbarem Energieträger nicht geopfert werden darf.
- den Erhalt bestehender Bioenergieanlagen.

Biologische Vielfalt erhalten und entwickeln

Wir GRÜNE setzen uns für den Schutz und die Entwicklung der Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die Schönheit der Landschaften ein und wollen diese für nachfolgende Generationen erhalten. Die Regionsverwaltung ist zuständig für Natur-, Wasser-, Immissions- und Bodenschutz. Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Region Hannover dem Bündnis *Kommunen für biologische Vielfalt* beigetreten ist. Zudem haben wir die Erarbeitung eines Programms zur Erhöhung der biologischen Vielfalt auf den Weg gebracht.


Wir GRÜNE unterstützen, dass auf regionseigenen Flächen weitgehend auf den Einsatz von *Glyphosat*  verzichtet wird und setzen uns weiterhin für den vollständigen Verzicht auf *Glyphosat*  oder andere Totalherbizide ein.

Darüber hinaus haben wir uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass die finanzielle Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes für den Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt

deutlich erhöht wird. Wir GRÜNE werden uns auch weiterhin für Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und eine aktive Umweltinformationspolitik und Förderung der Umweltbildung einsetzen.

Natur- und Landschaftsschutz fortentwickeln

Zum Schutz der Lebensräume von Tieren und Pflanzen und der Bewahrung der biologischen Vielfalt leisten die rund 40 Naturschutz- und 85 Landschaftsschutzgebiete in der Region einen wichtigen Beitrag.




Die Eigenart, Schönheit und Vielfalt der Lebensräume in der Region Hannover gilt es zu sichern und wiederherzustellen. Dazu gehört auch eine zügige und konsequente Umsetzung der Vorgaben im Naturschutz und des *Landschaftsrahmenplanes* . Landschaftsschutzgebiete sind für uns GRÜNE keine Reserveflächen für neue Baugebiete. Wir treten Forderungen nach Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutz entgegen und setzen uns für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Schutzgebiete ein.


Anhand der beschlossenen Grundsätze des Landschaftsschutzes, die sich auf ökologisch hochwertige Qualitätsstandards beziehen, wollen wir GRÜNE weiterhin unsere Landschaftsschutzgebiete sichern und weiterentwickeln.

Wir GRÜNE machen uns stark für den Schutz, Erhalt und die Entwicklung von Landschaftsräumen wie Moore und Wälder, die im Klimaschutz eine wertvolle Rolle als CO₂-Senken spielen.

Etwa ein Drittel der irdischen Kohlenstoffvorräte ist weltweit in Mooren gespeichert, obwohl diese nur etwa drei Prozent der Landfläche bedecken. Wir Grüne haben eine deutliche Aufstockung der Mittel im Haushalt der Region Hannover zum Grunderwerb und für Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität erreicht. Für das Naturschutzgroßprojekt Hannoversche Moorgeest wurde ein Pflege- und Entwicklungsplan erarbeitet. Wir unterstützen aktiv seine Umsetzung. Dazu wurden bereits degenerierte, beeinträchtigte Moorflächen angekauft. Sie werden zu wertvollen Biotopen entwickelt.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- jährlich eine Million Euro für Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt.
- die Fortschreibung des *Landschaftsrahmenplans*  und Umsetzung seiner Ziele sowie Neuausweisung von Schutzgebieten.
- die Bereitstellung ausreichender Mittel für Kauf, Erhalt und Entwicklung von Gebieten für Natur- und Artenschutz.
- den qualifizierten Schutz von Vogelschutzgebieten und Schutzgebieten nach der *Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie*  der Europäischen Union bis zum Jahr 2018.
- die Konzeption und Durchführung von Artenschutzmaßnahmen für besonders seltene Tier-, Pilz- und Pflanzenarten.
- die Vernetzung schützenswerter Lebensräume durch den *Biotopverbund* , gerade im Hinblick auf die Klimafolgenanpassung.
- den Erhalt extensiver landwirtschaftlicher Nutzungsformen, insbesondere die Ausarbeitung und Umsetzung neuer Schutzprogramme für artenreiches Grünland.

- die Errichtung von Pufferzonen zwischen hochwertigen Naturschutzgebieten und Bereichen mit intensiver Nutzung.
- die Durchsetzung, den Erhalt und die Wiederherstellung von Wegeseitenrändern.
- den Ersatz aller alten nach dem *Reichsnaturschutzgesetz* erlassenen Schutzgebietsverordnungen durch moderne Verordnungen bis 2021.
- die Ermittlung und den Abbau von Vollzugsdefiziten bei der *Eingriffsregelung* .
- eine Beteiligung an Errichtung und Betrieb von Naturschutzstationen.
- eine Weiterförderung des ehrenamtlichen Naturschutzes.
- den Erhalt der Stellen der Naturschutzbeauftragten und Ausweitung auf Natur- und Umweltbildung.
- die Förderung des Moorschutzes, die rasche Wiedervernässung von Torfabbauflächen; für Torfabbau soll es keine Neugenehmigungen geben.
- eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem Pflege- und Entwicklungsplan *Hannoversche Moorgeest*.
- den Verzicht auf die Deponierung von Schlamm aus dem Steinhuder Meer auf Moorrenaturierungsflächen und für den Naturschutz wertvollen Bereichen.
- den Erhalt und die Entwicklung artenreicher Wildnisflächen.
- eine Einbindung der Landwirtschaft in die Landschaftspflege.
- Schutz, Erhalt und die Neuschaffung von CO₂-Senken (Moore und Wälder), die für das Klima wertvolle Landschaftsräume darstellen.
- Schutzmaßnahmen für Tiere und deren Lebensraum, wie etwa Krötenzäune.

Land- und Forstwirtschaft

Landwirtschaft in der Region Hannover erfüllt unterschiedlichste Aufgaben. Sie dient uns nicht nur zur Lebensmittelproduktion, sondern ist auch Freizeit- und Landschaftsraum mit vielfältigen Angeboten. Sie prägt unsere Kulturlandschaft.

Wir GRÜNE wollen einen Kulturwandel auf dem Land: Bauernhöfe, die ökologisch wirtschaften und Tiere artgerecht halten, den bäuerlichen Familien ein Auskommen sichern und die Vielfalt unserer Natur bewahren.

Dank der Nähe zur Großstadt hat in der Region Hannover eine sehr vielfältige Landwirtschaft überdauert, die die günstigen Vermarktungswege über Bauernmärkte, Hofläden und Wochenmärkte nutzt.

Immer mehr Menschen achten beim Essen auf Qualität und natürlichen Geschmack. Sie wollen weg von einer Tierhaltung, die viele Tiere krank macht und die Umwelt schädigt. Biolebensmittel aus regionaler Erzeugung erfreuen sich daher einer wachsenden Nachfrage. Davon profitieren besonders Betriebe, die von der Direktvermarktung leben. Auch Supermärkte haben auf diesen Trend bereits reagiert und Lebensmittel aus der Region in ihr Angebot aufgenommen. So rücken Stadt und Land näher zusammen. In vielfältigen Garten- oder solidarischen Landwirtschaftsprojekten können die Menschen mitwirken und sich mit gesundem Gemüse und Obst versorgen. Sie bekommen wieder Bezug zur Natur und zu unverarbeiteten Lebensmitteln. So wächst auch deren Wertschätzung.


Tierhaltung in industriellen Mastanlagen, die es in der Region Hannover vereinzelt gibt, lehnen wir GRÜNE ab. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene endlich eine Tierhaltungskennzeichnung nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung eingeführt wird, damit Verbraucher*innen beim Fleischkauf bewusste Entscheidungen treffen können.

Wir wollen mit den Bäuer*innen gemeinsam nach Wegen suchen, die faire Einkommensmöglichkeiten im ökologischen Landbau und der artgerechten Tierhaltung bieten. Eine gesellschaftlich anerkannte und damit nachhaltige Produktion erhält unsere Betriebe.

Nachhaltige Forstwirtschaft sollte sich auch an Maßgaben zur Erhöhung der biologischen Vielfalt orientieren. Besonders alte Wälder speichern große Mengen Kohlenstoffdioxid und sind daher auch aus Gründen des Klimawandels zu schützen. Die Förderung der naturgemäßen Forstwirtschaft unterstützt den Natur- und Klimaschutz. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass mindestens 15 % der Eigentumswaldflächen der Region Hannover als Naturwaldflächen ausgewiesen werden und der Maßstab für die Waldbewirtschaftung für Waldflächen im Eigentum der Region Hannover ab 2017 die FSC-Waldzertifizierung nach Naturlandstandard sein wird.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine Dialogplattform auf der Regionsebene, in der gemeinsam mit Landwirt*innen Einkommensmöglichkeiten im ökologischen Landbau und in artgerechter Tierhaltung gesucht werden, und die ihre Ergebnisse öffentlich darstellen soll.
- eine Unterstützung von Kommunen, die auf ihren Pacht-

flächen mechanische Unkrautbekämpfung anstelle des Einsatzes von Totalherbiziden, etwa *Glyphosat* , vornehmen wollen.

- eine Überprüfung von Anträgen zum Bau von Mastställen nach dem Bundesimmissionsschutzverfahren durch unabhängige Expertinnen und Experten und eigene Gutachten; Genehmigungen nur mit Auflagen.
- eine Berichtspflicht des Veterinäramts der Region Hannover gegenüber der Regionsversammlung, um Tierschutzaspekte bewusster und transparenter zu machen.
- eine Unterstützung der Vermarktung ökologischer Lebensmittel aus der Region Hannover.
- eine Unterstützung von Kommunen, die in ihren Schulen auf eine gesunde und nachhaltige Schulverpflegung mit vegetarischen und veganen Alternativen setzen wollen.
- eine schrittweise Umstellung des Essens in den Kantinen in der Region und im Regionsklinikum auf regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel. Ein ansprechendes vegetarisch-veganes Angebot muss täglich vorgehalten werden.
- ein FSC-Zertifikat im Naturland-Standard für Waldflächen im Eigentum der Region.

Boden schützen

Wir GRÜNE wollen die fortschreitende Flächenversiegelung stoppen und die Funktionen des Bodens nachhaltig sichern.

Die Region Hannover ist als untere Bodenschutzbehörde dafür zuständig, die vielfältigen Funktionen des Bodens zu sichern und

gegebenenfalls wiederherzustellen. Boden ist nicht nur Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen und Bestandteil des Naturhaushaltes, sondern auch Archiv für Natur- und Kulturgeschichte.


Die Regionsverwaltung ist auch dafür verantwortlich, Altlasten und Verdachtsflächen zu erfassen und zu beseitigen. Allerdings sind diese immer noch nicht vollständig vertiefend erfasst. Vertiefende Untersuchungen sind erforderlich, um genaue Kenntnisse über die Gefahren zu sammeln. Die Verwaltung soll Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Bauvorhaben bodenschutzrechtlich prüfen und eine regionsweite Prioritätenliste für die Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten erarbeiten.

Damit die Region Hannover mit Altlasten belastete Grundstücke kaufen kann, haben wir GRÜNE einen Altlastenflächenrecyclingfonds in Höhe von zunächst 10 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Die gekauften Flächen werden aufbereitet und anschließend mit Nutzungsbedingungen verkauft. Zudem hat die Regionsverwaltung mehr Personal im Bereich Altlasten erhalten, um eine bessere Untersuchung und Sanierung von Altlastenfällen zu gewährleisten.

Darüber hinaus haben wir GRÜNE die Sanierung der ehemaligen Badeanstalt Ditterke und des ehemaligen Chemiewerksgelände Riedel de Haën in der List auf den Weg gebracht. Hier haben wir einen fairen Ausgleich zwischen den Umweltbelangen und den Betroffenen geschaffen. Auf eine Lösung des Konflikts über eine optimale Sanierung der Asbestzementschlammhalde in Wunstorf haben wir aktiv hingewirkt.

Zusätzlich zu den von der Region Hannover bereit gestellten Mitteln sollen auf Landesebene die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen für die Einrichtung eines weitgehend privat gespeisten Altlastenfonds für die Sanierung von Altlasten ohne Kostenverantwortliche und für einen höheren als den gesetzlich erforderlichen Sanierungsstandard geschaffen werden.



Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine starke Reduzierung weiterer Flächenversiegelungen und Maßnahmen zur Entsiegelung im Siedlungsbereich.
- die Nachnutzung von Bodenabbauten für den Natur- und Artenschutz.
- die Kontrolle der *Eingriffsregelung*  bei Planfeststellungsverfahren.
- einen konsequenteren Vollzug der Umweltüberwachung.
- die Förderung umweltschonender landwirtschaftlicher Nutzung, die die Bodenverdichtung und Bodenabtrag vermindert.
- die Intensivierung des Untersuchungsprogramms von Altlastenverdachtsflächen, besonders auf sensiblen Flächen wie etwa Kinderspielplätzen.
- das Heranziehen der Verursacher*innen für die Kosten von erforderlichen Bodensanierungen
- eine Weiterentwicklung des Konzepts und Erstellung einer Prioritätenliste zur Sanierung von Altlasten.

Wasser schützen

Die Region Hannover ist als untere Wasserbehörde für den Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes und des Niedersächsischen Wassergesetzes zuständig. Diese umfassen Bestimmungen über den Schutz und die Nutzung von Oberflächengewässern und des Grundwassers.

Im Bereich der Fließgewässer fördert die Region Hannover Maßnahmen zur naturnahen Entwicklung. An fast allen Gewässern im Regionsgebiet sind Maßnahmen erforderlich, um ihre Qualität für die darin lebenden Tiere und Pflanzen deutlich zu verbessern.



Für die Klimafolgenanpassung und den Hochwasserschutz sind der Erhalt und die Schaffung neuer und größerer Flächen nötig, die etwa bei Hochwasser eines Flusses überflutet werden (*Retentionsräume* ). Naturnahe und breite Bach- und Flussauen sind zudem sehr wichtige Elemente des *Biotopverbundes*  in der Region und darüber hinaus. Neubauvorhaben in Überschwemmungsbereichen wollen wir GRÜNE verhindern.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine strikte Überwachung von Gewässereinleitungen und Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen sowie von Freileitungen des Grundwassers.
- eine Fortsetzung der Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern durch Renaturierung.
- eine Fortsetzung der Ausweisung von Gewässerrandstreifen.
- mehr Geld für den Ankauf von Flächen.
- eine Verbesserung der Qualität des Grundwassers und der offenen Gewässer.

- Erhalt und Erweiterung der **Überschwemmungsgebiete von Bächen und Flüssen zum Hochwasserschutz und zur Anpassung an die Veränderungen des Klimas.**
- eine Förderung umweltschonender landwirtschaftlicher Nutzung, die die Belastung des Grundwassers und der offenen Gewässer durch Pestizide und Dünger vermindert.

Regionalplanung für eine nachhaltige Raumentwicklung

In der regionalen Arbeitsteilung besitzen die Städte und Gemeinden die kommunale Planungshoheit, während die Region für die strategische *Regionalplanung*  zuständig ist. Das *Regionale Raumordnungsprogramm (RRÖP)*  der Region Hannover legt dabei auf Regionsebene Grundsätze, Planungsziele und Funktionen für Flächen für die jeweils nächsten zehn Jahre fest. Dieses Raumordnungsprogramm ist wiederum dem Landesraumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen untergeordnet.

Die *Regionalplanung*  setzt den Rahmen für die künftige räumliche Entwicklung. Wir GRÜNE setzen uns für ein angemessenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen Flächenansprüchen, Wohnflächenentwicklung, Naherholungsflächen, Landwirtschaft und Freiflächen für den Naturschutz ein.

Täglich verbrauchen wir bundesweit 73 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrsflächen. In der Region Hannover wollen wir GRÜNE den künftigen Flächenverbrauch begrenzen und nach Möglichkeit auf bestimmte Standorte konzentrieren. Dazu haben

wir konsequent der Innenentwicklung Vorrang vor neuen Flächenversiegelungen im Außenbereich gegeben und Anreizprogramme für eine gute Innenentwicklung in den Kommunen geschaffen. Ein regionales Förderprogramm zur Entwicklung von Gewerbebranchen/Industriebranchen in der Region Hannover hilft beim Flächenrecycling, um Neuversiegelung zu reduzieren.

Siedlungsentwicklung soll vor allem dort stattfinden, wo ein Anschluss an den schienengebundenen Personennah- und Güterverkehr besteht und Geschäfte mit Gütern des täglichen Gebrauchs in der Nähe liegen. Wir wollen die vielfältigen Funktionen des ländlichen Raums stärken und regionale Entwicklung fördern. Vorhandene Infrastruktur muss an Änderungen in der Bevölkerungs- und Altersstruktur angepasst werden und neue Wege gehen.





Indem wir Freiräume sichern und den Zugang zu Natur und Landschaft ermöglichen, erhalten wir auch die spezielle Qualität des ländlichen Raums. Dabei legen wir GRÜNE besonderen Wert auf die Sicherung von Freiräumen für den Natur- und Landschaftsschutz, die Land- und Forstwirtschaft, die landschaftsbezogene Erholung und den Klimaschutz. Eine wichtige Funktion haben dabei insbesondere siedlungsnaher Freiräume. Sie sorgen für den Luftaustausch in großen Siedlungskörpern.





Auf europäischer, Bundes- und Landesebene werden derzeit die Weichen gestellt, welche Perspektiven schutzsuchende Menschen bei uns künftig haben werden. Um ihnen hier in der Region Hannover zeitnah nach raumordnerischen Gesichtspunkten entwickelten Wohnraum zu bieten, haben wir GRÜNE uns für die Erstellung eines Siedlungskonzepts zur Wohnbaulandentwicklung eingesetzt.

Der steigende Altersschnitt in der Region Hannover erfordert vielfältige Anpassungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dies betrifft insbesondere die soziale Infrastruktur wie medizinische Versorgungs- und Pflegeeinrichtungen sowie Nahversorgungseinrichtungen, also eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmitteln und Drogerieartikeln.

Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen positiv gestalten und die Infrastruktur auf die notwendigen Veränderungen vorbereiten. Regionales Denken und bürgerschaftliches Engagement (z. B. Bürgerläden) wollen wir im Hinblick auf diese Herausforderungen unterstützen und fördern.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den Vorrang der Innenentwicklung vor neuen Flächenversiegelungen im Außenbereich.
- eine Einschränkung des Landschaftsverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrsflächen.
- eine Begrenzung der Flächen für Bodenabbau auf eine sparsame Inanspruchnahme ausschließlich für den regionalen Bedarf und unter Berücksichtigung des *Landschaftsrahmenplans* .
- eine hochwertige Kompensation für Flächeninanspruchnahmen für Siedlungen und Gewerbe bei der *Regionalplanung* .
- einen umwelt- und naturschutzfachlichen Ausgleich bei Eingriffen in Vorrangflächen für Erholung, Natur und Landschaft und in Walderweiterungsflächen durch die *Regionalplanung* .
- Erarbeitung eines regionsweiten *Kompensationsflächenkatasters*  für alle Eingriffe in Natur und Landschaft.



- Weiterentwicklung der Freiraumsicherung zu einem *Freiflächenverbundsystem*  im Sinne der biologischen Vielfalt, der Frischluftversorgung und der weiter zu qualifizierenden *Biotopverbünde* .
- die Berücksichtigung bestehender Infrastruktur bei der Siedlungsentwicklung und Ausrichtung auf zentrale Orte oder Bahnhöfe.
- die Erstellung eines Siedlungskonzepts zur Wohnbauentwicklung, um den Menschen, die hier in der Region Hannover Zuflucht gefunden haben, zeitnah nach raumordnerischen Gesichtspunkten entwickelten Wohnraum zu bieten (siehe Kapitel *Wohnen darf kein Luxus sein*).
- die Einführung eines *Brachflächenmanagements* .
- die Reaktivierung von städtebaulichen Brachen als Gewerbe- und Wohnbauflächen (Flächenrecycling) und deren Vorrang vor der Neuerschließung.
- die Entwicklung von Instrumenten zur Steuerung von Neuausweisungen für Gewerbestandorte.
- die strategische Planung von Logistikflächen nur an funktionierenden Schienen- oder Wasserwegen.
- die regionale Förderung von Gewerbe-Gleisanschlüssen für Logistik.
- den zügigen Ausbau von schnellem Internet in der *Regionalplanung*  als Infrastrukturangebot.
- die Stärkung von selbstorganisierten Strukturen im Einzelhandel, wie z. B. Bürgerläden.
- die Entwicklung eines regionalen Alltagsradverkehrsnetzes in Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Die Region als Moderator – konkurrierende Raumannsprüche ausgleichen

Aufgabe der Region Hannover ist es, die unterschiedlichen Interessen der Kommunen zu moderieren und auszugleichen. Wichtig ist eine Bewertung der Auswirkungen einer kommunalen Maßnahme auf die Nachbargemeinden aus einem außenstehenden Blickwinkel. Dieser regionale Ausgleich ist letztlich im Interesse aller Städte und Gemeinden.

Auch über die Region Hannover hinaus streben wir GRÜNE Kooperationen und intensiven Austausch an, etwa mit dem Engagement in der *Metropolregion*  und durch die Förderung von Partnerschaften der Region Hannover mit anderen Regionen in Deutschland und Europa.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine verbesserte interkommunale Kooperation und Absprache zum großflächigen Einzelhandel.
- die Entwicklung des regionalen Flächenpools und Förderung von interkommunalen Gewerbegebieten.
- qualifizierte Ausgleichsinstrumente für interkommunal abgestimmte städtebauliche Entwicklungen.
- eine Unterstützung der Kommunen in Fachfragen und die Entwicklung von *Best-Practice*  - Darstellungen als Hilfestellung für Verwaltungen und örtliche Politik zu Fragen der *Regionalplanung* .
- eine Förderung des Austauschs von Planungspartnerschaften der Region Hannover mit anderen Regionen in Deutschland und Europa.

Abfall – Müll ist unser Rohstoff

Abfälle und Altlasten sind ein problematisches Erbe für zukünftige Generationen. Die Kommunen tragen seit Jahrzehnten die Verantwortung für sichere, ökologisch hochwertige und ressourceneffiziente Abfallentsorgung in Deutschland. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft, die auch den Belangen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung Rechnung trägt.

Die Abfallentsorgung der Region Hannover ist durch ein anerkannt hohes Niveau der Kreislaufführung von Abfällen und Wertstoffen geprägt. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Daseinsfürsorge. Aktuelle Gesetzgebungen auf europäischer und nationaler Ebene gefährden jedoch das kommunale Engagement. Wir fordern daher von der Bundesebene Planungssicherheit in der Abfallwirtschaft.

Abfall, der in privaten Haushalten anfällt, ist grundsätzlich den Kommunen und deren öffentlich-rechtlichen Entsorgern zu überlassen. Dies gilt auch für die Erfassung von Wertstoffen, denn nur so können die Kosten für die Restmüllentsorgung durch Verwertungsgewinne gemindert werden. Eine Öffnung des Marktes für private Entsorger führt zum „Rosinenpicken“ und schadet allen Gebührenzahlenden.

GRÜNE Politik setzt dabei auf Belohnung von Abfalltrennung und Recycling. Hierfür sollen in der kommenden Wahlperiode geeignete Instrumente innerhalb der neuen Gebührenstruktur geschaffen werden. Wir unterstützen eine Umstellung von der

Sack- auf die Behälterabfuhr aus Gründen des Arbeitsschutzes, zur Vereinfachung der Logistik und zur Sicherung einer kostengünstigen Abfallgebühr.

Wir GRÜNE haben ein Bürgergutachten initiiert, das die Beteiligung der Regionsbewohner*innen an der Neuaufstellung des Gebührensystems vorsieht. Wir haben eine Vereinheitlichung der Systeme zur Abfallbeseitigung in Stadt und Umland erreicht und für die Abdeckung der Altdeponie Nordberg gesorgt.

Abfalltrennung und Abfallvermeidung

In der Diskussion um Sack oder Tonne wurden beide Begriffe im Streit um das Mindestvolumen synonym verwandt. Sie meinen aber verschiedene Dinge:

Das Ziel von Abfalltrennung ist es, sortenreine Wertstoffe zu erhalten. So gehören in das Altpapier keinerlei Restabfälle und in die Biotonne keine Verpackungen aus Kunststoff oder Metall. Nur auf diese Weise können die einzelnen Sorten wirtschaftlich und kostengünstig weiter verarbeitet werden.

Der Restabfall verursacht die größten Kosten. Daher muss das den Haushalten zur Verfügung stehende Volumen einerseits gering gehalten werden, um einen Anreiz zu sorgfältiger Abfalltrennung zu schaffen. Andererseits muss es so ausreichend sein, dass keine falschen Entsorgungswege bis hin zur „wildem Kippe“ gewählt werden. Aus diesem Grund legen Abfallbetriebe ein bestimmtes Mindestvolumen beim Restabfall fest. Das in der neuen Satzung für die Entsorgung von Restabfällen in der

Region Hannover festgelegte Mindestvolumen beträgt weiterhin 10 Liter pro Einwohner*in und Woche. Das ist weit weniger als das tatsächlich durchschnittlich zu entsorgende Volumen von ca. 27 Litern pro Kopf und Woche und stützt das Solidarsystem Abfallentsorgung, mit dem u. a. die Grundausstattung wie Personal und Fuhrpark finanziert werden. Menschen mit wenig Restabfall zahlen eine geringere Gebühr, leisten aber dennoch einen Beitrag zur Gesamtfinanzierung. Vielverbraucher zahlen über eine größere bestellte Menge entsprechend mehr.

Aus diesen Gründen vertreten wir GRÜNE im Bereich der Abfalltrennung das derzeitige Mindestvolumen für unseren Restabfall, um möglichst sortenreine Wertstoffe zu erhalten und unsere Umwelt zu schützen.

Abfallvermeidung hat wiederum zum Ziel, möglichst wenig Abfall überhaupt erst entstehen zu lassen. Dies ist einerseits auf Seiten der Hersteller durch Ressourceneffizienz beeinflussbar und andererseits auf Seiten der Verbraucher*innen durch den individuellen Konsum.

Wir unterstützen Bestrebungen, die Hersteller stärker in die Pflicht zu nehmen und Anreize zu schaffen, bei Verpackungen mehr Materialien aus nachwachsenden Rohstoffen einzusetzen oder auf Verpackungen ganz zu verzichten. Im Bereich des individuellen Konsums begrüßen wir Projekte bei denen verpackungsfrei eingekauft werden kann. Wir unterstützen eine Förderung durch die Region Hannover.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Anreize zur Abfallvermeidung für Privatleute wie Gewerbe.
- eine Stärkung von Mehrweg-Systemen (etwa bei öffentlichen Veranstaltungen) und Reduzierung von Kunststoffverpackungen.
- Erstellung eines Abfallvermeidungskonzeptes für die öffentliche Beschaffung.
- Unterstützung von Strategien zur herstellerbezogenen Abfallvermeidung.
- Fördern und Bewerben von Projekten zur Wiederverwertung, z. B. Bauteil- oder Möbel- Gebrauchtbörsen.


Recycling – die Chance

Richtiges Trennverhalten führt zu sortenreinen Wertstofffraktionen. Durch anschließende Aufbereitung können Erzeugnisse, Materialien oder Stoffe für eine nochmalige Verwendung wiedergewonnen werden. Beste Beispiele für diesen Verwertungskreislauf sind der Einsatz von Altpapier zur Herstellung neuer Papierartikel oder eine Beigabe von Altglas bei der Neuproduktion von Glasprodukten.

Nicht zufriedenstellend ist dieser Kreislauf bisher bei Leichtverpackungen (Grüner Punkt) und stoffgleichen Nicht-Verpackungen (also Plastik, Hartplastik und Metall). Ursprünglich sollten durch die Einführung des Dualen Systems Deutschland (Grüner Punkt) höhere Recyclingquoten bei Verpackungen erreicht und Anreize für Hersteller zu Verpackungsvermeidung geschaffen

werden. Dieses Ziel wurde gründlich verfehlt, weswegen wir eine Abschaffung des Dualen System Deutschlands fordern. Die Zuständigkeit für Verpackungen soll wieder in kommunaler Hand liegen. Wir unterstützen einen entsprechenden Vorstoß der rot-grünen Länderregierungen und fordern für die Region Hannover die Einführung einer gemeinsamen Wertstofftonne.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Entsorgung der im Abfall enthaltenen Wertstoffe nur durch öffentlich-rechtliche Entsorger; keine „Rosinenpickerei“ durch Private.
- die Einführung einer Wertstofftonne zur Schaffung einer einfachen Trennmöglichkeit.
- die Verlängerung der Öffnungszeiten der 21 Wertstoffhöfe und bessere Erreichbarkeit mit dem ÖPNV .
- den Erhalt von Wertstoffinseln.
- Verbraucher*innenfreundlichere Gestaltung von Rücknahmesystemen, insbesondere für Schadstoffe und Elektrogeräte.
- der Einsatz sinnvoller Recyclingprodukte (Papier, Metall, Kunststoff) bei regionseigenen Projekten.
- die verpflichtende transparente Darstellung der Verwertungswege durch *aha*.

Restabfall verantwortungsvoll aufbereiten

Restabfall darf seit 2005 im Bundesgebiet nicht mehr unbehandelt deponiert werden. Dies führt dazu, dass im Regelfall der gesamte Müll verbrannt wird. Wir GRÜNE haben erreicht, dass

Restabfälle in der Region getrennt behandelt werden: Nur der heizwertreiche Restmüll wird verbrannt und die biologisch abbaubaren Anteile werden biologisch behandelt. Diese Trennung geschieht überwiegend in der mechanischen Restabfallaufbereitungsanlage. 80 Prozent der Restabfallmenge wandern als heizwertreicher Restmüll in die Verbrennung. Das übrig bleibende Feinmaterial mit organischen Anteilen wird vor der Deponierung einer neunwöchigen biologischen Behandlung unterzogen. Im Verrottungsprozess wird nutzbares Biogas produziert und die Masse des Restabfalls um die Hälfte reduziert. Dadurch werden geringere Deponieflächen benötigt, auf denen die so vorbehandelten Stoffe keine schädlichen Gärgase oder Sickerwässer mehr bilden.

Die regionseigene mechanisch-biologische Aufbereitungsanlage in Lahe stand politisch immer wieder wegen angeblich mangelnder Wirtschaftlichkeit in der Kritik. Nun ist sie technisch in die Jahre gekommen, so dass ein Nachnutzungskonzept erforderlich wird. Dies wird nur bei gemeinsamer Betrachtung auch der Verbrennungsmöglichkeiten und –konditionen möglich sein.

Wir GRÜNE setzen uns für ein Konzept ein, bei dem die mechanisch-biologische Abfallaufbereitung mit moderner Technik Vorrang vor der aufbereitungsfreien Verbrennung hat. Bei Müllverbrennungsanlagen setzen wir uns für strenge Emissionswerte und hohe Wärmenutzungsgrade zum Schutz der Menschen, der Umwelt und des Klimas ein.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine biologische Abfallbehandlung vor Verbrennung.
- die Modernisierung und Ausbau der mechanisch-biologischen Abfallaufbereitung.
- die Veröffentlichung der Müllmenge und deren Emissionen bei der Müllverbrennung.
- eine stärkere Nutzung der Abwärme der Müllverbrennung.
- die Verbesserung der Bio-Abfall-Trennung (Biogas-Gewinnung als Option).
- die Abgabe von Biokompost auch auf den Wertstoffhöfen.
- die Vermarktung torffreier Hannoverscher Erden.
- ein akzeptierendes Verhalten gegenüber Containern als sinnvoller Art der Lebensmittelrettung. Im Dialog mit Unternehmen möchten wir ein Umdenken erreichen.

Abfallwirtschaft in öffentlicher Trägerschaft – aha

2003 wurden die Abfallbetriebe des ehemaligen Landkreises und der Stadt Hannover mit grüner Unterstützung zu einem leistungsfähigen Zweckverband in Trägerschaft der Region und der Landeshauptstadt (*aha*) zusammengeführt. Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Abfallwirtschaft in öffentlicher Rechtsform betrieben wird und damit eine zuverlässige, verantwortungsvolle, umweltverträgliche und kostengünstige Entsorgung gesichert ist.

Auf europäischer und nationaler Ebene wird diese alleinige öffentliche Verantwortung immer weiter aufgeweicht. Kommunale Abfallbetriebe mit einer Vielzahl von Beschäftigten benötigen

jedoch längerfristige Planungssicherheit. Abfall, der in privaten Haushalten anfällt, ist auch künftig grundsätzlich der Kommune zu überlassen. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine gemeinwohlorientierte Abfallwirtschaft, die auch den Belangen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung Rechnung trägt. Es darf nicht sein, dass lukrative Einnahmequellen privatisiert werden, während die defizitäre Restabfallentsorgung durch die Allgemeinheit finanziert werden muss.

Wir GRÜNE fordern daher ein Wertstoffgesetz, das die politische Verantwortung und Entscheidungsfreiheit in kommunaler Hand sichert. Nur so lassen sich ökologische und soziale Verantwortung sowie stabile Entsorgungsgebühren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dauerhaft sichern.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Abfallwirtschaft in kommunaler Trägerschaft und entsprechende Ausgestaltung des Wertstoffgesetzes.
- ein Leitbild für aha: Ressourcenschonende Beschaffung, umweltfreundlicher Fuhrpark, herausragende Qualität des Dienstleistungsstandards.
- die Beibehaltung der Serviceangebote (z. B. auf Wunsch Altpapier-Container/-Tonne, Wertstoffhöfe, Sperrmüllservice).
- eine wirksamere Bekämpfung illegaler Müllablagerung.
- eine Überarbeitung des Abfallwirtschaftskonzepts.

Ein Gebührensystem für alle

Mit der Gründung von aha wurden die Abfallbetriebe der Landeshauptstadt und des ehemaligen Landkreises unter einem Dach zusammengeführt, doch die unterschiedlichen Gebührensysteme der Landeshauptstadt und des Umlands blieben bestehen. Durch ein Urteil des Niedersächsischen Obergerichtes wurde die Region Hannover verpflichtet, die Grundgebühr der Restmüllsackabfuhr, die 80 Prozent der Gesamtkosten entsprach, im Umland deutlich herabzusetzen und andere Wege zur Finanzierung der Abfallentsorgung zu finden. Dadurch wurde ein Prozess zur Gebührenstrukturreform in Gang gesetzt, der bis heute die Gemüter in der Region beschäftigt. GRÜNE Gebührenpolitik will die Abfallentsorgungskosten für die Kund*innen preiswert halten. Abfallgebühren müssen sich an den tatsächlichen Kosten orientieren – Erträge fließen in den Gebührenhaushalt von aha zurück und werden gegengerechnet. Eine regelmäßige Überprüfung, ob die Gebühren angesichts der tatsächlichen Kosten noch angemessen sind, ist daher selbstverständlich und gesetzlich vorgeschrieben.

Nach dem Gesetz ist eine soziale Staffelung der Gebühren nicht möglich. Auch beim Mindestvolumen muss der Gleichheitsgrundsatz gelten, unabhängig von der Nutzung der Restabfalltonne oder des Restabfallsacks. Aus diesen Vorgaben ist unter grüner Mitarbeit die derzeitige Gebührensatzung entstanden, mit einer für alle Einwohner*innen der Region einheitlichen Grundgebühr von 30 Prozent zuzüglich einer mengenbezogenen Gebühr. Warum wir auch die kalkulatorische Mindestmenge von 10 Litern pro Person und Woche befürworten, haben wir im Abschnitt Abfalltrennung und Abfallvermeidung bereits dargestellt.


Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist die schnelle Umsetzung der Wünsche und Forderungen aus dem Bürgergutachten zur Gebührenstruktur.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- möglichst geringe Abfallgebühren.
- Umstellung von der Sack- auf die Behälterabfuhr aus Gründen des Arbeitsschutzes und zur Vereinfachung der Logistik.
- die Sicherung des kostenfreien Service-Angebots.

Abfallberatung und Umweltbewusstsein

Sachgerechte Abfallentsorgung, Umwelt- und Klimaschutz hängen unmittelbar miteinander zusammen. Bildung und Beratung ist daher insbesondere beim Thema Abfalltrennung und -vermeidung weiterhin wichtig. Dank grüner Politik gibt es bereits gute Angebote. Diese zu sichern ist auch zukünftig unser Ziel. Dabei setzen wir auch auf die Weiterentwicklung von mehrsprachigen Angeboten in Form von Beratung, Informationsmaterialien und Postern.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung erhalten Unternehmen mit Projekten wie z. B. **ÖKOPROFIT**  Unterstützung bei der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Umweltgerechterer Umgang mit Abfällen verbessert zugleich die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen durch Einsparungen bei Energie, Wasser, Abwasser, Emissionen, Roh- und Betriebsstoffen. Darüber hinaus können die Mitarbeiter*innen zu Multiplikator*innen zum Thema Abfallentsorgung und Umweltschutz werden.

Freizeit und Kultur

Naherholung in der grünen Region



Naherholung beginnt in unmittelbarer Wohnort- und Arbeitsplatznähe durch abwechslungsreich und möglichst naturnah gestaltete Grünflächen und Landschaftsräume und reicht bis zu den Naherholungsgebieten Steinhuder Meer und Deister.

Die regionale Naherholung leistet einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in der Region Hannover und kennt keine Gemeindegrenzen. Darum machen wir GRÜNE uns für eine Einfügung lokaler Naherholungseinrichtungen in ein regionales Gesamtkonzept in enger Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Region stark. Die Region Hannover fördert die Entwicklung und den Bau von neuen Naherholungsprojekten und die Kommunen übernehmen die Finanzierung des Unterhalts. Im Einzelfall können die Kommunen auch hier eine Förderung beantragen.


Naherholungsräume verbessern nicht nur das Image der Region, sondern stellen einen unverzichtbaren Bestandteil für das soziale Leben dar. Wenn Unternehmen Standorte beurteilen, sind Naherholungsangebote ein wichtiger „weicher“ Faktor; und sie sind eine ideale Grundlage für den nachhaltigen Tourismus in der Region.

Wir GRÜNE legen Wert darauf, dass regionale Naherholungsangebote umweltfreundlich und nachhaltig gestaltet sind. Dafür müssen sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Fahrrädern

gut erreichbar sein und den Bürger*innen naturnahe Erholungslandschaften mit Informationsmöglichkeiten zu Umwelt- und Artenschutz bieten. Wir haben uns deshalb erfolgreich für ein Naherholungsprogramm der Region Hannover stark gemacht, welches auf der Grundlage der umweltverträglichen kommunalen Naherholungskonzepte erstellt wurde.


Das Projekt *Gartenregion*  verbindet erfolgreich Naherholung im Grünen mit Kulturangeboten. Es hebt die Bedeutung der Naherholung für die Region Hannover und darüber hinaus hervor und trägt dazu bei, die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Gärten und Parks als grüne Räume der Region Hannover zu stärken. Wir GRÜNE wollen die privaten Akteure wieder stärker in die Planung der jährlich wechselnden Themen- und Eventschwerpunkte einbeziehen und die Marke *Gartenregion*  attraktiv und aktuell halten.

Rund 1.000 Kilometer Rad- und Fußwege mit 15 Regions-Fahrradrouten und einem Regions-Fahrradring verbinden die Naherholungsgebiete miteinander. Wir GRÜNE haben uns für das Angebot vieler unterschiedlicher Themen- und Erlebnisrouten eingesetzt, wie z. B. die MoorRoute und die EniergieRoute. Das abwechslungsreiche Freizeitwegenetz der Region Hannover dient der Erholung und schafft in Verknüpfung mit den Radwegen entlang der Kreisstraßen ein attraktives Rad- und Wanderwegenetz. Auf Initiative der GRÜNEN gibt es in der Region Hannover eine Standardregelung für umweltgerechte Wegebeläge.

Für eine umweltfreundliche und nachhaltige Naherholung haben wir GRÜNE das Handlungskonzept *umsteigen: aufsteigen*  der Region Hannover intensiv gefördert. Zudem haben wir für eine


bessere Buserschließung des großen Deisters und für die Einführung der Naturparkbuslinie 835 mit Fahrradanhängern am Steinhuder Meer gesorgt. Zur Vermeidung von Auseinandersetzungen in der Freizeit haben wir ein Konfliktmanagement zwischen Mountainbiker*innen und anderen Erholungssuchenden im Deister etabliert.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den Erhalt und die weitere Förderung der Naherholungsqualität der Region.
- einheitliche Leit- und Informationssysteme für Rad- und Fußwanderwege.
- die Förderung und Stärkung eines grünen Tourismus, unter anderem durch regionale Vermarktung biologischer und fairer Produkte.
- die naturnahe Gestaltung von Naherholungsflächen.
- die Verbesserung des eigenständigen regionalen Fuß- und Radwegenetzes (beispielsweise Deister-Kreisel, Grüner Ring).
- die Sicherung und Unterstützung des weiteren Ausbaus der Themenrouten (zum Beispiel Route der Industriekultur, EnergieRoute, MoorRoute, Mühlenroute, Erlebnisroute, Welfenweg).
- die Unterstützung und Förderung von Naherholungsprojekten (Naturpark Steinhuder Meer, Wietzpark, Park der Sinne, Koldinger Seenplatte, großer und kleiner Deister) entlang der Routen.
- die Verbesserung der Informationen durch mehrsprachige Beschilderungen.
- die Fortführung und Attraktivitätssteigerung der Marke *Gartenregion* .

Zoo Hannover

Der Zoo Hannover ist eine wichtige Naherholungseinrichtung für die Region Hannover. Wir GRÜNE unterstützen den Bildungsauftrag des Zoos. Dabei werden auf vielfältige Art drängende Fragen zum Arten-, Klima- und Naturschutz vermittelt.

Aufgaben und künftige Entwicklungen werden im Masterplan 2025+ des Zoos dargestellt. Diesen Masterplan 2025+ unterstützen wir und wollen ihn weiterentwickeln. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für die energetische Optimierung von Zoogebäuden eingesetzt. Damit der Zoo Hannover möglichst allen Menschen in der Region offen steht, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Inhaber*innen der *Region-S-Karte*  nur 50 Prozent des regulären Tarifs für Tageskarten bezahlen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die weitere Verbesserung der tiergerechten Haltung. Hierzu werden wir in enger Kooperation mit Tierschutzorganisationen einen *Runden Tisch* etablieren, der dem Aufsichtsrat des Zoos als beratendes Gremium zur Seite stehen wird.
- die Sicherstellung der eigenständigen Wirtschaftlichkeit des Zoos unter prioritärer Berücksichtigung des Tierschutzes.
- die Weiterentwicklung des Bildungsauftrags zu Artenschutz und Klimawandel des Zoos Hannover.
- die Weiterentwicklung des Masterplans 2025+.
- die energetische Erneuerung der Zoo-Infrastruktureinrichtungen für Strom, Heizung und Energie.

Kultur für alle

Kulturpolitik in der Region Hannover setzt sich dafür ein, dass Kunst und Kultur für alle erreichbar sind. Weder Wohnort noch Geldbeutel, Herkunft oder Behinderung dürfen Menschen davon ausschließen. Wir GRÜNE wollen eine lebendige kulturelle Vielfalt bewahren und ausbauen, denn regionale Kultur ist identitätsstiftend.

Doch Kultur ist mehr – sie ist eine Bildungschance. Kulturelle Bildung ermöglicht die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters und fördert Offenheit für Neues und Fremdes. Kultur in der Bildung birgt Potenziale für soziale Inklusion und kulturelle Vielfalt. Auf dieser Grundlage können wir alle besser voneinander lernen.

Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für die Erweiterung des Kulturförderprogramms der Region Hannover eingesetzt, um ein flächendeckendes, vielfältiges kulturelles Angebot zu schaffen. Zudem haben wir die Projektförderung in verschiedenen Kulturbereichen gestärkt – etwa in der kulturellen Bildung und von theaterpädagogischen Maßnahmen – und die Förderung von Kultur-, Theater- und Musikprojekten insbesondere für junge Menschen erreicht.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- weitere finanzielle Mittel für eigene Kulturveranstaltungen in allen 21 Kommunen sowie ein Regionskulturangebot mit Atelierspaziergang und Veranstaltungen im Schloss Landestrost.
- den Erhalt und die Grundsicherung des Kulturdenkmals Hermannshof in Völksen als Veranstaltungsort und Treffpunkt

für kunstaffine Menschen aller Altersstufen in der Region Hannover und als Spielort und Laboratorium für junge Künstler*innen.

- die Gastspiel- und Spielplanförderung für ein weiterhin gutes und flächendeckendes Theaterprogramm.
- die weitere Förderung eines flächendeckenden theaterpädagogischen Angebots für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und den weiteren Ausbau kultureller Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche.
- die Förderung von Kulturprojekten zur Unterstützung der Integration von Migrant*innen.
- Förderung der niederdeutschen Sprach- und Kulturarbeit durch die Benennung eines ehrenamtlichen Beauftragten.
- die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit im Medienzentrum der Region Hannover im Bereich neuer Medien.
- die Unterstützung von Klanginstallationen im öffentlichen Raum und Hör-Routen in Stadt und Natur im Rahmen der *Hörregion* (siehe Kapitel *Wirtschaft und Beschäftigung*).

Gedenkstätte Ahlem

Kultur trägt auch dazu bei, Geschichte zu erfassen, Die Gedenkstätte Ahlem ist der wichtigste Lern- und Erinnerungsort der Region Hannover, um das Gedenken an die Opfer des Holocaust/der *Shoa*  wach zu halten.

Vor über 20 Jahren eingerichtet, befindet sich die Gedenkstätte auf dem historischen Gelände der 1893 gegründeten israelitischen Gartenbauschule Ahlem. Einst eine international aner-


kannte Ausbildungsstätte für jüdische Kinder und Jugendliche, wurde sie unter den Nationalsozialisten zu einem Ort der Verfolgung und Vernichtung. Vor dem Hintergrund der bundesweit einmaligen Geschichte dieser israelitischen Gartenbauschule fühlen wir GRÜNE uns der Gedenkstätte in besonderem Maß verpflichtet. Nach der inhaltlichen Neukonzeption und den umfangreichen Umbaumaßnahmen wurde die Gedenkstätte Ahlem am 25. Juli 2014 neu eröffnet.

Die Gedenkstätte Ahlem ist zu einem würdigen Ort des Erinnerns und Gedenkens an die Opfer des NS-Regimes und ein wichtiger außerschulischer Lernort geworden. Nicht nur das zielgruppenspezifische pädagogische Angebot, sondern auch der Einsatz moderner Medien erleichtert Schüler*innen und Besucher*innen den Zugang zum historischen Kontext der Judenverfolgung und weiterer Opfergruppen im Nationalsozialismus.

Wir GRÜNE setzen uns für eine weitere Unterstützung des umfangreichen Veranstaltungsangebots der Gedenkstätte Ahlem und der wissenschaftlichen Arbeit der Gedenkstätte Ahlem ein, um die Aufarbeitung fortsetzen zu können.

Partnerschaften der Region Hannover

Aktuell erleben wir vor unserer Haustür verstärkt die Auswirkungen der globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Zerstörung der Lebensgrundlagen mit den Folgen von Flucht und Armutswanderung. Vor diesem Hintergrund gewinnen kommunale Partnerschaften und internationale Netzwerke

wie das *Klimabündnis*  – dem auch die Region Hannover angehört – auf neue Weise an Bedeutung.



Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit den Partnerschaften können wir alle einen Beitrag dazu leisten, Hunger und Armut zu bekämpfen, demokratische Teilhabe zu fördern und den Menschenrechten Geltung zu verschaffen. Die Redewendung „Global denken – lokal handeln“ erhält dabei eine Bedeutung in zwei Richtungen: die globalen Probleme auch auf lokaler Ebene anzugehen und die lokalen Probleme im Sinne einer nachhaltigen globalen Entwicklung zu lösen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:



- die Weiterentwicklung unserer Partnerschaften (nach Poznan/ Polen, Untergaliläa/Israel und zur Region München) und Dialoge zum gegenseitigen Verstehen.
- eine erweiterte Förderung des Jugend- und Kulturaustausches mit Israel sowie die Ausweitung auf Jugendliche und Kulturschaffende aus Palästina, um die internationale Friedensarbeit zu unterstützen.

Sport

Sport macht Spaß, fördert Gesundheit und Lebensfreude, soziales Miteinander und Lernvermögen. Dabei spielt es keine Rolle, ob Sport in einem der über 1000 Vereine – die im Stadt- oder Regionssportbund zusammengeschlossen sind – betrieben, draußen auf dem Mountainbike oder Hollandrad geradelt oder Yoga im Fitnesscenter um die Ecke praktiziert wird.

Sportvereine sind wichtige Garanten für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und für gemeinsame Aktivitäten von Menschen mit und ohne Behinderungen. Sport kann hier Brücken schlagen. Wir GRÜNE erhoffen uns deutliche Impulse durch die *Special Olympics* , die 2016 in Hannover stattgefunden haben. Dieses Sportereignis ist von der Stadt und der Region Hannover gefördert worden – dafür haben wir uns erfolgreich eingesetzt. Bei den *Special Olympics*  haben die Einwohner*innen der Region Hannover erleben können, wie Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam Sport treiben und genießen können.

Die Umstellung von immer mehr Schulen auf ein Ganztagsangebot stellt Vereine vor neue Herausforderungen und schafft neue Chancen, vor allem im Bereich des Jugendsports. Dabei wollen wir sie unterstützen.

Wir GRÜNE wollen die Sanierung der Sporthallen und Sportplätze an den regionseigenen Schulen (Förderschulen und Berufsschulen) Schritt für Schritt voranbringen. In der Vergangenheit haben wir uns erfolgreich für die finanzielle Unterstützung des Umweltberatungsprogrammes *eco.fit*  und von *eco.sport*  eingesetzt, einem Programm zur energetischen Sportstättenanierung, mit dem Vereine aktiv beim Einsparen von Energie, Ressourcen und Geld unterstützt werden.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Stärkung der Bewegungsförderung in Kindertagesstätten und Schulen.
- den Ausbau von Spiel- und Bewegungsangeboten im Freien.
- die Fortsetzung der energetischen Sportstättenanierung und der Umweltberatung von Vereinen.

- die Berücksichtigung von klimaschutzrelevanten Aspekten bei regulären Neu- und Umbauten von Sportstätten.
- die Unterstützung von Regions- und Stadtsportbund.
- die Überarbeitung der Sportförderung im Hinblick auf eine Förderung von Frauen und Mädchen, die Integration von Migrant*innen, sozial benachteiligten Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie auf Projekte gegen Rassismus und Homophobie.
- die Unterstützung professioneller Strukturen beim Vereinssport und Unterstützung von Vereinen initiiertter Kooperationen und Fusionen als Chance zur Weiterentwicklung bei gleichzeitiger weiterer Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Sport.
- Unterstützung von Jugendsport und Übungsleiter*innen im Rahmen der Jugendleiter-Card (*JuLeiCa*).

C. GRÜN für eine mobile Region

Die Stärkung umweltfreundlicher, klimaschonender und sicherer Mobilität steht für uns GRÜNE im Zentrum der Verkehrspolitik. Wir wollen den Schadstoffausstoß des Verkehrs, die Luftbelastung, den Flächenverbrauch und den Verkehrslärm senken und den sogenannten *Umweltverbund* (Fuß- und Radverkehr, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenverkehr) stärken. Mit attraktiven ökologischen Alternativen zum *motorisierten Individualverkehr* werden die Belastungen durch Emissionen (Lärm, CO₂, Feinstaub, Stickoxid) gesenkt und wird die Sicherheit im Verkehr erhöht. Wir unterstützen die Erarbeitung von Lärmaktionsplänen auf freiwilliger Basis durch die Kommunen der Region Hannover. Diese sollen für die Kommunalgrenzen überschreitenden Hauptverkehrswege (insbesondere Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen) oder für den Flughafen Hannover gelten.

Wir GRÜNE wollen Anreize für den Umstieg auf den *Umweltverbund* schaffen. Dabei liegt unser Augenmerk auch besonders auf den täglich ungefähr 163.000 Berufspendler*innen innerhalb der Region Hannover. Insgesamt wollen wir den Anteil des *motorisierten Individualverkehrs* senken, indem wir den *Umweltverbund* attraktiver machen.



Die Verknüpfung des *ÖPNV* mit *Carsharing-Angeboten* unterstützen wir, weswegen wir uns auch für die Einführung von *HANNOVERmobil* stark gemacht haben. Dieses Angebot wollen wir weiterentwickeln.



Die Region Hannover ist verantwortlich für den *ÖPNV*, den *schienengebundenen Personennahverkehr* (SPNV) und im Umland für die Kreisstraßen samt anliegender Radwege.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Unterstützung des *Verkehrsentwicklungsplans pro Klima*.
- die Steigerung des Rad- und Fußverkehrsanteils durch Ausbau und Qualitätsverbesserung der Infrastruktur.
- die Steigerung des *ÖPNV*-Anteils durch attraktive und günstigere Tarife und ein besseres Fahrplanangebot.
- den Ausbau der Infrastruktur im Schienenverkehr.
- die Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene, auch durch das Beratungsangebot *regionaler Gleiskümmerer*.
- die Sicherung der Anschlüsse für die Kund*innen zwischen den verschiedenen öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus/Stadtbahn/Schiene).
- die Verbesserung der Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsarten, unter anderem durch mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Autos an Haltestellen (*Bike+Ride* mit Lademöglichkeiten für *Pedelecs* und *Park+Ride*).
- verkehrsmittelübergreifendes Verkehrsmanagement inklusive dynamischer Verkehrsinformation über Staus, Parkplatzangebote und Abfahrten der öffentlichen Verkehrsmittel.
- Steigerung der Unterstützung von *Carsharing*-Nutzung der regionsangehörigen Kommunen bei der Lärmaktionsplanung.
- Unterstützung alternativer Antriebstechnologien wie der E-Mobilität durch das Ermöglichen der Aufstellung von E-Ladestationen, die mit erneuerbarer Energie gespeist werden, auf regionseigenen Flächen.

Öffentlicher Verkehr – ökologisch und attraktiv

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)  ist die ökologische Alternative zum *motorisierten Individualverkehr*  und unverzichtbarer Beitrag zur Daseinsvorsorge. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für die Einführung von Hybrid- und Elektrobussen bei der Üstra stark gemacht und werden uns auch weiterhin für den Einsatz CO₂-armer und leiser Fahrzeuge einsetzen.

Um mehr Menschen das Umsteigen auf Bus und Bahn zu erleichtern, prüfen wir GRÜNE in der Region langfristig einen ticketlosen, solidarisch finanzierten ÖPNV . Dazu gehören auch weitere Finanzierungsmöglichkeiten wie ein Bürgerticket für die Regionsbewohner*innen. Bis zur Umsetzung machen wir uns weiterhin für faire Preise im ÖPNV , wie z. B. den Erhalt des GVH-Sozialtarifs, stark.

ÖPNV-Infrastruktur ausbauen

Damit möglichst viele Menschen Nahverkehrsangebote nutzen, setzen wir GRÜNE uns für sinnvolle Taktverdichtungen auf bestehenden und die Erschließung von neuen Strecken ein. Dabei ist die Kapazitätserhöhung durch zusätzliche Gleise im Hauptbahnhof Hannover und entlang ausgelasteter Trassen ein wichtiges Ziel.


Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für die Sicherstellung der

Finanzierung für die Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen-Westerfeld und den Ausbau von wetterfesten und barrierefreien Bushaltestellen eingesetzt.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:


- den Ausbau der Schieneninfrastruktur bei der Stadt- und Eisenbahn.
- den Bau von barrierefreien Umsteigeanlagen an Verknüpfungspunkten (beispielsweise Waldhausen).
- den Ausbau des Streckennetzes zur Qualitäts- und Angebotsverbesserung.
- die Prüfung zusätzlicher Haltepunkte.
- die Schaffung zusätzlicher Regional-Express- bzw. Express-S-Bahn-Verbindungen (beispielsweise Barsinghausen, Hannover-Kassel, Hamm, Braunschweig-Minden) durch den Ausbau des DB-Netzes.
- die Planung und die Realisierung weiterer Stadtbahnverlängerungen bei positivem Kosten-Nutzen-Verhältnis.
- die Verlängerung der D-Linie (Stadtbahn-Linie 10) bis zum Platz der Kaufleute.
- den Anschluss der Wasserstadt Limmer an das Stadtbahnnetz.
- die Realisierung der Verlängerung der Stadtbahn nach Garbsen-Mitte und Hemmingen-Westerfeld.
- Verlängerung der Stadtbahn nach Hemmingen-Arnum.

ÖPNV-Infrastruktur ausbauen


Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für die Stärkung der Fahrgastrechte und für mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV .




ein. Wir unterstützen den Fahrgast-Begleitservice, der Fahrgästen beim Ein- und Aussteigen sowie bei der Benutzung von Aufzügen hilft und Störungen meldet.

In den Stationen soll Personaleinsatz für mehr Sicherheit insbesondere abends, nachts und am frühen Morgen sorgen. Für mehr Sicherheit in den S-Bahnen haben wir durchgesetzt, dass in allen S-Bahnen von 20 Uhr bis Betriebsende Begleitpersonal mitfährt. Im Bereich der Infrastruktur setzen wir uns weiterhin für den barrierefreien Um- und Ausbau von Haltestellen ein.




Um die Attraktivität des ÖPNV  zu erhöhen, haben wir GRÜNE uns erfolgreich für zusätzliche S-Bahn-Springerzüge, Taktverdichtungen bei der S-Bahn an Wochenenden, bei der Stadtbahn in den Abendstunden und bei Buslinien im Umland sowie für einen Stundentakt im Nachtsternverkehr bei den Regio Bussen eingesetzt.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine feststehende Taktung bei den Abfahrtszeiten der S-Bahn.
- die bedarfsgerechte Taktverdichtung aller Verkehrsmittel und Schaffung der dafür notwendigen Kapazitäten.
- die Optimierung der vorhandenen Vorrangschaltungen bei Lichtsignalanlagen für Busse und Bahnen.
- die Weiterentwicklung des Programms für mehr Sicherheit und Sauberkeit im ÖPNV .
- den Erhalt und den Ausbau des Notrufanlagensystems bei der Deutschen Bahn.
- eine Vandalismus-Hotline für Bus und Bahn.
- die Beibehaltung des Begleitservices der Üstra.





- den Ausbau der Barrierefreiheit, zum Beispiel bei Bushaltestellen und Fahrzeugen.
- die Verbesserung des Internetempfangs in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- die Optimierung und Verbesserung elektronischer Fahrplanauskünfte.
- die Verbesserung des E-Ticket-Angebots.
- Verkauf des GVH-Sammeltickets auch an Automaten, bei Regio-Bus und als E-Tickets.
- eine Bahnhofsumfeldentwicklung mit dem Ziel, die Bahnhöfe stärker in den Mittelpunkt des städtischen Lebens zu rücken und das Bahnhofsumfeld attraktiver zu gestalten.
- die Erhöhung der Attraktivität der Bahnhöfe und Verstetigung des Projekts Lokale *Bahnhofskümmerer* .
- den Betrieb des ÖPNV  und SPNV  weiterhin nur mit Strom aus regenerativen Energien.

Faire Angebote in der Region und darüber hinaus


Unser *Personennahverkehr*  endet nicht an der Regionsgrenze. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Tarifkooperationen mit benachbarten Räumen und Körperschaften weiter ausgebaut werden. Der Zugang zum *öffentlichen Personennahverkehr*  haben wir GRÜNE in der Region Hannover durch die Einführung des ermäßigten GVH-Tagestickets für Kinder, des GVH-Sozialtarifs bei den Tickets und Cards, von mobilem Ticketing und die Abschaffung der Wertmarke S erleichtert. Langfristig setzen wir GRÜNE uns für einen ticketlosen, solidarisch finanzierten ÖPNV  ein.



Bis zur Einführung eines ticketlosen ÖPNV  setzen wir uns weiterhin für faire Preise, wie z. B. den Erhalt des GVH-Sozialtarifs ein. Wir GRÜNE haben uns außerdem erfolgreich für das Angebot eines Mobilitätsmanagements mit Mobilitätsberatung für Betriebe und Verwaltungen eingesetzt. Mit der Ausweitung des GVH-Jobtickets auch auf kleinere Unternehmen konnten wir mehr Menschen eine preisgünstige Alternative für den Weg zur Arbeit bieten.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:


- die Einführung eines ticketlosen, solidarisch finanzierten ÖPNV .
- neue Angebote für Gelegenheitskund*innen (zum Beispiel HANNOVERmobil , Wochenendticket).
- die Weiterentwicklung von HANNOVERmobil .
- die Weiterentwicklung des GVH-Sozialtarifs.
- die Einführung von Wochenkarten.
- kostenlose Fahrradmitnahme im SPNV .
- die Erweiterung des GVH-Tarifs für Tickets auf angrenzende Landkreise.
- Niedersachsen-Tarif für alle Bahnen und Busse ohne Tarifschranken – eine Fahrkarte vom Anfang bis zum Endpunkt.

Mobil im ländlichen Raum


Für ländliche Siedlungen wollen wir GRÜNE die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)  sichern. Dies ist für uns aus verkehrlicher Sicht, aber auch aus sozialen Gründen von hoher Bedeutung.

Perspektivisch werden auch in der Region Hannover immer mehr ältere Menschen nicht mehr mit dem Auto fahren wollen oder können. Sie müssen weiterhin die Möglichkeit haben, durch die Nutzung des ÖPNV  Orte des täglichen Lebens wie Einzelhandelsstandorte, kulturelle Einrichtungen oder Arztpraxen zu erreichen. Dabei unterstützen wir auch alternative Modelle, wie Ruftaxis, denn der ÖPNV  trägt auch zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei – und damit zur Sicherung des Lebens auf den Dörfern.

Gute Verbindungen im Freizeitverkehr garantieren eine schnelle Erreichbarkeit von Erholungszielen und Freizeiteinrichtungen für alle Menschen in der Region Hannover. Wir GRÜNE legen Wert darauf, dass regionale Naherholungsangebote umweltfreundlich und nachhaltig gestaltet sind (siehe Kapitel *Naherholung*). Dafür müssen sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Deshalb haben wir GRÜNE uns erfolgreich für Taktverdichtungen bei Buslinien im Umland und bei der S-Bahn an Wochenenden sowie für zusätzliche S-Bahn-Springerzüge eingesetzt. Außerdem sind auf unsere Initiative die Naturparklinie 835 am Steinhuder Meer und neue Busangebote zur touristischen Erschließung des Deisters am Wochenende eingerichtet worden.


Durch das GVH-Kombi-Ticket können sich Freizeiteinrichtungen aktiv an der Verkehrsanbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr  beteiligen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass noch mehr Freizeiteinrichtungen und die Deutsche Messe das GVH-Kombi-Ticket in Anspruch nehmen.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- alternative Modelle für die Mobilität im ländlichen Raum, wie z. B. Ruftaxis als zusätzliche Angebote.
- die Förderung des Busverkehrs in der Fläche.
- die Erweiterung des Nachtverkehrs.
- mehr gesicherte *Bike+Ride*  -Anlagen.
- Verbesserung der Erreichbarkeit touristischer Ziele (beispielsweise Deister, Steinhuder Meer) und anderer Freizeitziele.
- weitere Verbesserungen des NachtLiner-Angebots (etwa die Anfahrt von Diskotheken).
- die Anschaffung von Haltebügeln für Fahrräder in Bussen.
- Einsatz eines Fahrradanhängers auf weiteren Buslinien (zum Beispiel auf der Deister-Linie 562).






Radverkehr

Radverkehr ist auf kurzen und mittleren Distanzen eine umweltfreundliche und gesunde Alternative zum Auto. Das Fahrrad spielt im täglichen Berufsverkehr, im Freizeitverkehr sowie im Radtourismus eine sehr wichtige Rolle. Durch die Verknüpfung von Freizeitwegen und den Radwegen entlang der Kreisstraßen haben wir GRÜNE wichtige Grundlagen für den Ausbau des regionalen Radwegenetzes gelegt, denn jede und jeder Radelnde bedeutet ein Auto weniger auf Straßen und Parkplätzen.

Durch die vermehrte Nutzung von Elektrofahrrädern wird das Rad auch auf überörtlichen Strecken für eine größere Zahl von Menschen zur flotten und energiesparenden Alternative. Zur besseren Verknüpfung der umweltfreundlichen Verkehrsträger setzen wir uns auch weiterhin für den Bau von mehr *Bike+Ride*  -Anlagen mit Ladestationen für Elektrofahrräder, die Verbesserung des Streckennetzes und gute Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in S-Bahnen und dem weiteren Regionalverkehr ein. Wir haben erreicht, dass die Mehrzweckabteile in den S-Bahnen für eine bessere Fahrradmitnahme umgerüstet und Konflikte mit anderen Mitreisenden entschärft werden.


Wir unterstützen die Maßnahmen des Handlungskonzepts Radverkehr *umsteigen: aufsteigen*  der Region Hannover. Ziel des Konzepts ist es, den Radverkehrsanteil in der gesamten Region Hannover von 13 Prozent im Jahr 2013 auf ca. 19 Prozent im Jahr 2020 zu erhöhen.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:



- den Ausbau und die Sanierung der Radwege in der Region Hannover und Schaffung eines durchgängigen regionalen Radwegenetzes.
- rad- und fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen.
- regionale Kampagnen zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs.
- ein naturverträgliches Radschnellwegenetz für die Region Hannover.
- mehr Fahrradabstellanlagen und *Bike+Ride-Anlagen* .
- die Verbesserung der Mitnahme von Fahrrädern und Fahrradanhängern in Bussen und Bahnen.
- Fahrradverleih als ein Baustein des Mobilitätspakets *HANNO-VERmobil* .
- die Unterstützung von Fahrradstationen auch im Umland.
- die Anschaffung von Diensträdern (auch *Pedelecs* ) für die Beschäftigten der Regionsverwaltung und der Beteiligungsunternehmen.
- Schaffung von Ladestationen für *Pedelecs* .
- die Umsetzung und Fortschreibung des Radverkehrskonzepts für die Region Hannover *umsteigen: aufsteigen* .
- die Entwicklung eines regionalen Alltags-Radverkehrsnetzes in Zusammenarbeit mit den Kommunen, auch zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Straßeninfrastruktur – Verkehrssicherheit erhöhen

Die Stärkung umweltfreundlicher, klimaschonender und sicherer Mobilität steht für uns GRÜNE im Zentrum der Verkehrspolitik. Wir sorgen für den Erhalt der Regionsstraßen. Dabei achten wir auf ökologische Aspekte und stellen die bestmögliche Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen her. Wir wollen die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten durch Verkehrsunfälle erheblich reduzieren. Temporeduzierung auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen und verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung können dazu beitragen.

Im Bereich des *motorisierten Individualverkehrs*  unterstützen wir alternative ökologische Antriebstechnologien. Wir setzen uns für die Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die Schiene ein.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die sichere Gestaltung des Straßenverkehrs, damit es künftig keine Verkehrstoten und Schwerverletzten durch Verkehrsunfälle mehr gibt.
- die ökologische Gestaltung des Regionsstraßenverkehrs und -managements (Verkehrsmanagementzentrale).
- die Verhinderung von mautbedingten Verlagerungen des Lkw-Verkehrs auf Kreis- und Ortsstraßen.
- Erhalt vor Neubau von Regionsstraßen.
- die Stärkung von *Carsharing*  auch im Umland.
- die Prüfung von Güterstraßenbahnen.
- einen *Umweltverbund*  im Güterverkehr.

- den Erhalt und die Pflanzung von Alleen, sinnvoll kombiniert mit verkehrssichernden Maßnahmen.
- Tempo 30 vor sensiblen Einrichtungen wie z. B. Schulen, Kindertagesstätten und Altenheimen.

D. Wirtschaft und Beschäftigung

Für unsere gegenwärtige Lebensweise verbraucht jede*r Deutsche die Fläche von sechs Fußballfeldern pro Jahr. Nach einer Untersuchung des WWF (World Wide Fund For Nature) brauchen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, wenn wir unsere Umwelt weiterhin so ausbeuten wie bisher. Deshalb brauchen wir ein Umdenken. Wir GRÜNE wollen an der Wirtschaft von morgen arbeiten, die die Lebensqualität aller erhöht, indem sie innerhalb der ökologischen Grenzen wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.

Wir GRÜNE wollen einen Wohlstandsbegriff entwickeln, der über die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes hinausgeht. Wir setzen uns für weitreichende Effizienzverbesserungen ein und für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb derer diese wirksam werden.

Energie- und Ressourceneffizienz ist nicht nur ein Wettbewerbsvorteil für ein einzelnes Unternehmen, sondern bietet zahlreichen Unternehmen – wie dem Handwerk im Bereich der Gebäudesanierung – eine zukünftige Unternehmensgrundlage. Aktuell erleben wir auch mit der zunehmenden Digitalisierung und der steigenden Vernetzung und Automatisierung in der Wirtschaft einen radikalen Umbruch. Diese Entwicklung wollen wir für eine ökologische Wirtschaftsweise nutzen. Es werden neue Möglichkeiten und Geschäftsmodelle für mehr Energie- und Ressourceneffizienz entstehen.

In der Region Hannover liegt die Stärke der Wirtschaft in der Vielfalt kleiner und mittelständischer Unternehmen. Sie bieten vielen Menschen in der Region Hannover Arbeit. Mit einer

Vielzahl von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, der Messe, Kongresszentren und spezialisierten Unternehmen gibt es ein großes Potenzial für die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte und Dienstleistungen.

Gewerbeflächen sorgfältig entwickeln

In einem hochverdichteten Raum wie der Region Hannover ist es für uns GRÜNE wichtig, dass Ansiedlung von Gewerbe mit einem ressourcenschonenden Umgang mit den dafür notwendigen Flächen einhergeht. Das steht nicht im Widerspruch zu einer hochwertigen Ansiedlung von Betrieben und Firmen aus dem In- und Ausland. Letztendlich geht es um die intelligente Nutzung von Flächen. Wir GRÜNE haben erreicht, dass die Region ein Gutachten über die Potenziale der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene erstellen lässt.

Besonders die Revitalisierung von Gewerbebrachen ist ein Instrument für eine nachhaltige Flächennutzung in der Region. Wir GRÜNE haben erreicht, dass Gewerbebrachen in das Gewerbeflächenmonitoring der Region Hannover aufgenommen wurden. So werden Bewertung und Analyse dieser Flächen für eine mögliche Wiedervermarktung erleichtert. **Für die Revitalisierung von Gewerbebrachen wurden sechs Flächen als Pilotprojekte ausgewiesen. Die Revitalisierung von Gewerbebrachen setzt ein Zeichen für den ressourcenschonenden Umgang mit Flächen.** Damit die Region mit Altlasten belastete Grundstücke kaufen kann, ist mit Unterstützung der GRÜNEN die Errichtung eines Altlastenflächenrecyclingfonds in Höhe von zunächst 10 Millionen Euro auf den Weg gebracht worden. Damit können von mit Altlasten bela-

stete Grundstücke in der Region Hannover angekauft, aufbereitet und anschließend mit einer entsprechenden Nutzungsbindung wieder verkauft werden.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine bessere Nutzung von Gewerbebrachen, um den Flächenverbrauch in der Region Hannover bei Gewerbeansiedlungen zu verringern.
- die Entwicklung von Logistikflächen, die einen Zugang zu Wasser, Straße und Schiene haben.
- die Schaffung eines regionalen Flächenpools für zukünftige Gewerbeflächen.

Standortmarketing und -entwicklung

Wir GRÜNE werden uns in den kommenden fünf Jahren dafür einsetzen, dass der Wirtschaftsstandort Region Hannover im nationalen und internationalen Wettbewerb weiterhin konkurrenzfähig bleibt und sich weiterentwickeln kann. Dabei liegt der Schwerpunkt auf sechs Branchen, die in der Region Hannover für nachhaltiges Wachstum und großes Arbeitsplatzpotenzial stehen: Automotive, Energiewirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie, Gesundheitswirtschaft, Kreativwirtschaft und Produktionstechnik. Um diese weiter zu stärken, steht die Kooperation zwischen regionaler Wirtschaft und den wissenschaftlichen Zentren vor Ort im Vordergrund. Wir wollen, dass das, was Menschen und Betriebe in der Region erwirtschaften, auch als Wertschöpfung in der Region bleibt. Wir müssen uns den Herausforderungen der wachsenden Di-

gitalisierung stellen und die dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen wie den Ausbau des Breitbandinternets fördern.


Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, die ökologische Modernisierung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Ausbildung in der Region Hannover voran zu bringen, damit unser Wirtschaftsstandort für die Menschen und die Betriebe gleichermaßen attraktiv bleibt.

Hörregion zur Dachmarke weiter entwickeln

Wir werden innovative und interdisziplinäre Konzepte weiterverfolgen, die den Wirtschafts-, Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Freizeitstandort Region Hannover stärken. Ein innovatives Konzept zur Entwicklung einer Dachmarke Hörregion hat die Regionsverwaltung im Jahr 2015 vorgelegt. Dabei sollen die hervorragenden Kompetenzen, die sich in den genannten Bereichen in der Region Hannover beim Thema Hören etwa in Firmen, Medien, Kultur, Wissenschaft und Forschung bündeln, genutzt werden, um eine Dachmarke mit Alleinstellungsmerkmal für die Region Hannover zu entwickeln. Der Grundgedanke ist, die Qualität und die Bedeutung des Hörsinns in all seinen Facetten bewusst zu machen und ihn zu stärken.


Dabei verfolgt das Konzept der Hörregion mehrere strategische Ziele der Region Hannover. Sie soll gesellschaftliche Teilhabe und unterschiedliche Lebensentwürfe für alle ermöglichen, die Bildungschancen von Menschen mit Hörschäden erhöhen und Beschäftigung und Wertschöpfung sichern bzw. erhöhen – dies vor allem in der Gesundheitswirtschaft.



Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- die Beibehaltung der paritätischen Finanzierung von *hannoverimpuls*  durch die Region und die Landeshauptstadt Hannover.
- die Ausweitung der Gründer*innenförderung in der Zukunftsbranche Kreativwirtschaft.
- die Förderung von Netzwerken zum Wissenstransfer zwischen Universitäten, beruflicher Bildung und ortansässigen Betrieben.
- die Weiterentwicklung der Dachmarke Hörregion.




Ökologische Modernisierung als Jobmotor – kleinere und mittlere Unternehmen unterstützen

Wir GRÜNE stehen für eine konsequente Förderung zukunftsfähiger Arbeitsplatzpotenziale wie etwa im Bereich der Umwelttechnologien und der Energiewirtschaft. Dafür müssen lokale und regionale Kompetenzen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Energiewirtschaft unterstützt werden. Der Standort Hannover soll sich durch innovative Entwicklungen für energiesparende schadstoffarme Fahrzeuge, Antriebe und Zulieferbestandteile weiter profilieren.

Mit kompetenter externer Unterstützung erarbeiten die Betriebe praxistaugliche Maßnahmen, die die Umwelt entlasten. Zugleich verbessern die Betriebe ihre betriebswirtschaftliche Situation durch Einsparungen bei Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Emissionen, Roh- und Betriebsstoffen. Mit der gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft *hannoverimpuls* 


von Stadt und Region steht der Region Hannover ein starkes Instrument der kommunalen Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Wir GRÜNE haben die Förderung der Programme *E.coBizz*  und *ÖKOPROFIT*  erreicht. Diese Programme bieten Unternehmen Beratung und Unterstützung zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz bzw. des betrieblichen Umweltschutzes.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- Investitionen in den Klimaschutz: u. a. Ausbau der erneuerbaren Energien, Stärkung des *Umweltverbundes*  in der Nahmobilität, Steigerung der Energieeffizienz.
- den Ausbau der Förderaktivität in den Branchen emissionsfreier Mobilität und nachhaltiger Energiewirtschaft.
- die Generierung von Aufträgen für kleine und mittelständische Unternehmen in der Region Hannover durch Intensivierung der Programme zur energetischen Sanierung von regionseigenen Gebäuden.
- die Weiterförderung von *E.coBizz*  und *ÖKOPROFIT* .


Fachkräftemangel entgegensteuern



In Zukunft wird entscheidend sein, wie wir dem Fachkräftemangel entgegensteuern können. Hierzu müssen neben einer guten Ausbildungslandschaft im Bereich der beruflichen Ausbildung auch die Potenziale der kommunalen Beschäftigungsförderung weiter verbessert werden. Dabei müssen wir höher Qualifizierte, aber auch die Möglichkeiten zur Qualifizierung von arbeitslosen Menschen und Geringqualifizierten weiter im Blick behalten.

Zudem brauchen wir die Erfahrung älterer Menschen, denn auch die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt, mit der bereits Fünfzigjährige vielfach konfrontiert werden, ist ein zunehmendes Problem in Zeiten des Fachkräftemangels. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, hat die Region Hannover mit verschiedensten Akteuren die *Fachkräfteallianz*  etabliert. Sie trägt zur besseren Vernetzung und Zusammenarbeit der handelnden Akteure bei. Das Fachkräftemonitoring, für das wir GRÜNE uns erfolgreich stark gemacht haben, dient einer gemeinsamen und systematischen Bearbeitung von Handlungsfeldern wie Berufsorientierung, Aus- und Weiterbildung, strategische Personalentwicklung unter Nutzung von Fachkräftepotenzialen, familienfreundliche Strukturen, Fachkräftemarketing und Willkommenskultur. Erreicht haben wir zudem eine Verbesserung der Beratungsstrukturen in der betrieblichen Aus-, Fort- und Weiterbildung.



Darüber hinaus begreifen wir GRÜNE die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland als Chance, der demografischen Entwicklung in unserem Land und der Region entgegenzuwirken. Neben dem schnellen Spracherwerb, für dessen Finanzierung Land und Bund in der Pflicht stehen, ist für die Menschen, die zu uns kommen, Arbeit eine wichtige Voraussetzung für ihre schnelle Integration in unsere Gesellschaft. Für diese Herausforderung fordern wir GRÜNE eine Qualifizierungsoffensive.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- eine Qualifizierungsoffensive, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- die weitere Unterstützung der *Fachkräfteallianz* .


- einen Ausbau des Fachkräftemonitorings.
- die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Suche nach Personal.
- eine verbesserte Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen.
- die Beratung kleiner und mittelständiger Unternehmen zur Fachkräftesicherung.
- die Sensibilisierung kleiner und mittelständiger Unternehmen für die Chancen der Zuwanderung.
- die Unterstützung geringqualifizierter und arbeitsloser Menschen bei ihrer Qualifizierung und Fortbildung.
- weitere Investitionen in die Infrastruktur von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen.
- eine verstärkte Durchlässigkeit der Bildungsstruktur wie etwa durch das Modell *Offene Hochschule* .
- die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen in der Technologieanwendung (*Industrie 4.0* ), beim Generationswechsel und bei der Arbeitszeitorganisation.
- die Beratung von Unternehmen für die Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter*innen im Sinne des lebenslangen Lernens.
- eine verbesserte Kompetenzfeststellung vor Ort und Qualifikation von Migrant*innen durch Ausbildung oder ergänzende Qualifizierungskurse.

Selbständigkeit und Kreativität schafft Arbeitsplätze


Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass Tüftler*innen, Existenzgründer*innen, und Start-ups ihr Innovationspotenzial in die Region Hannover einbringen können. Wir brauchen ein Umfeld, das Innovationen fördert und dabei hilft, Chancen wahrzunehmen. Wir wollen dazu beitragen, dass in der Region Hannover die Selbstständigkeit von Menschen eine selbstverständliche Option im Berufsleben ist. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, die erfolgreiche Gründungshilfe bei *hannoverimpuls*  weiterzuentwickeln. Sie soll auch Gründer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund speziell fördern. Den Beteiligungsfonds bei *hannoverimpuls*  wollen wir ausbauen, um die Gründungsfinanzierung zu verbessern.

Breitbandausbau ist die Infrastruktur für morgen: Digitalisierung – Industrie 4.0

Die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt schreitet immer mehr voran. Heutzutage kann ein Teil der Arbeit auch von unterwegs oder von zu Hause aus erledigt werden. Darum ist der Ausbau einer flächendeckenden Breitbandversorgung im Regionsgebiet ein essenzieller Standortfaktor. Gewerbeansiedlungen, aber auch die Wahl des Wohnortes hängen immer mehr von der Möglichkeit ab, einen schnellen Zugang zum Datennetz realisieren zu können. Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Und auch die Umwelt profitiert: Durch Wegfallen der Pendlerzahlen werden Verkehrswege entlastet und Verkehrsimmissionen sinken.

Die vierte industrielle Revolution ist im vollen Gang. Durch die Vernetzung von Produktionsprozessen und das Schaffen von „intelligenten Fabriken“ wird sich die Art, wie wir Dinge produzieren, grundlegend ändern. Dabei sollte der Mensch im Mittelpunkt stehen. Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Mensch und Maschine wird in Zukunft ein großes Thema in der industriellen Fertigung einnehmen. Hier müssen mittelständische Unternehmen unterstützt werden, um mit dem schnellen Wandel in diesem Bereich Schritt halten zu können. Dies wird mit der Industrie-4.0-Initiative von *hannoverimpuls*  getan. Um die Anwendungsmöglichkeiten zu veranschaulichen, wird an der Messe in Zusammenarbeit von Region, Land und Bund eine „Robotation area“ entstehen.


Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den weiteren Ausbau der Breitbandinfrastruktur.
- die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen in der Technologieanwendung (*Industrie 4.0* ), beim Generationswechsel und bei der Arbeitszeitorganisation.
- die Verknüpfung arbeits- und strukturpolitischer Maßnahmen, z. B. in der EU-Förderung.

Nachhaltiger Tourismus als Chance für die Region

Tourismus ist ein Wachstumsmarkt und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Zielgebiete: Er schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze, kurbelt die Nachfrage nach lokalen Produkten an und stärkt die Wertschätzung des Vorhandenen.

Die Region Hannover verfügt über reizvolle Landschaften, die zu

einem großen Teil besonders geschützt sind und ist engagiert im Bereich Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Fair Trade, Biodiversität sowie *ÖKOPROFIT* . Die Weltoffenheit und kulturelle und sprachliche Vielfalt der Einwohner*innen der Region Hannover sind ein wesentlicher Standortfaktor für den Tourismus.

Wir GRÜNE streben für die Region Hannover einen nachhaltigen Tourismus an, der sowohl ökonomisch wie auch sozial und ökologisch ausgerichtet ist. Wir setzen uns daher für eine weitere Stärkung des touristischen Profils durch die *Hannover Marketing und Tourismus GmbH (HMTG)* sowohl für den Städte- als auch den Erholungstourismus und die Weiterführung und den Ausbau des Projekts *regional, bio, fair* ein, um den nachhaltigen Tourismus und die Vermarktung regionaler und fairer Erzeugnisse stärken.

E. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik

Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik in der Region Hannover ein. Unser Ziel ist es, durch Zukunftsinvestitionen neue Werte zu schaffen und alte zu erhalten, durch solidarisches Handeln die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen der Region zu stärken und durch konsequente Konsolidierung die bei Gründung der Region Hannover übernommenen Schulden abzutragen und keine neuen Schulden aufzubauen. Mit einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik eröffnen wir Gestaltungsspielräume und schaffen die Grundlage für Zukunftsinvestitionen. Wir wollen die Lebensqualität der Menschen in der Region verbessern, ökologische Werte erhalten und soziale Standards sichern und ausbauen.

Wir wollen die finanzielle Handlungsfreiheit sichern und über die Zukunft der Region ohne Auflagen aus der Kommunalaufsicht in Eigenverantwortung entscheiden. Die Region braucht Raum für freie politische Entscheidungen, sie darf sich nicht auf das effiziente Vollstrecken von übertragenen Pflichtaufgaben reduzieren. Durch einen gerechten Ausgleich zwischen den Kommunen wollen wir verhindern, dass die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter auseinanderklafft. Durch weitere Vernetzung wollen wir auch den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Regionalkommunen weiter stärken.

Solide grüne Haushaltspolitik

Wir haben viel erreicht. Durch kontinuierliche Haushaltskonsolidierung ist es in der vergangenen Wahlperiode gelungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, Altschulden abzubauen,

in die Zukunft zu investieren und durch eine Absenkung der Regionsumlage die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Regionsumlage gesenkt

In den Jahren 2013 bis 2016 wurden die regionsangehörigen Kommunen durch die Senkung der Regionsumlage erheblich entlastet. Allein in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 betrug die Entlastung 56 Millionen Euro und mit dem Haushalt 2016 stieg die jährliche Entlastung gar auf 76 Millionen Euro. Die Umlagesätze sind mittlerweile rund vier Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt der niedersächsischen Landkreise.

Mit der maximal gespreizten Regionsumlage ist es gelungen, den Ausgleich zwischen starken und schwachen Kommunen gerechter zu gestalten.

Ausgeglichene Haushalte und Abbau von Schulden

Seit 2012 werden im Haushalt der Region Hannover Überschüsse erwirtschaftet. Gut 210 Millionen Euro Schulden konnten in der vergangenen Wahlperiode abgebaut werden. Die Liquiditätsverschuldung konnte von einem Höchststand von über 500 Millionen Euro auf nunmehr 100 Millionen Euro zurückgeführt werden.

Investitionen in die Zukunft

Mit jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von einem Prozent des Haushaltsvolumens hat die Region die energetische Sanierung eigener Gebäude vorangetrieben. Die energetische Sanierung und das LED-Programm werden in den kommenden Jahren zu einer spürbaren Reduzierung der Energiekosten führen.

Investitionen in Millionenhöhe für den Klimaschutz sowie die Sicherung und Ausweitung von Moorflächen waren ein Schwerpunkt grüner Finanzpolitik

Ein Wohnraumförderprogramm, die Unterstützung der Kommunen beim Bau von Flüchtlingsunterkünften und die Finanzierung der Flüchtlingssozialarbeit in den Kommunen in Höhe von 5,6 Millionen Euro sind uns eine Herzensangelegenheit.

Erfolgreiche Arbeit der kommunalen Töchter

In den vergangenen Jahren konnte die Region die Dienstleistungsangebote der öffentlichen kommunalen Unternehmen optimieren. Wir haben erhebliche Haushaltsmittel in die Hand genommen, um die Attraktivität der öffentlichen Daseinsvorsorge zu garantieren und die qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst zu erhalten. Nur durch das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Unternehmen in Trägerschaft der Region stark.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- das Klinikum Region Hannover, um die Medizinstrategie 2020 und damit die Qualität einer wohnortnahen medizinischen Versorgung zu optimieren.
- ÜSTRA und Regiobus, um das Angebot und die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs für die gesamte Region fortlaufend zu verbessern.
- den Zoo Hannover bei seinen Investitionen, damit er für Besucherinnen und Besucher weit über die Region Hannover hinaus ein Freizeiterlebnis bleibt.

Es ist unser Ziel, Qualität und Wirtschaftlichkeit unserer regionalen Tochterunternehmen weiter zu stärken. Eine Privatisierung dieser wichtigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

Grüne Wege zum nachhaltigen Haushalt

Die Region steht vor enormen Herausforderungen. In den kommenden Jahren muss sie weiter in die öffentliche Infrastruktur investieren. Die Kosten im Sozialbereich werden auch in den kommenden Jahren steigen. Nach wie vor übertragen Bund und Länder Pflichtaufgaben auf die kommunale Ebene, ohne für die entsprechende Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Dennoch streben wir an, dass die Region Hannover in den jetzt folgenden Jahresabschlüssen im Ergebnishaushalt einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden erzielen kann.

Die Herausforderungen durch die Aufnahme der schutzsuchenden


Geflüchteten hatten zur Folge, dass zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben für 2016 ein Nachtragshaushalt erforderlich war. Für die Schaffung von Unterkünften für Geflüchtete hat die Region kurzfristig Kredite aufgenommen. Es ist unsere politische Entscheidung, diese zusätzlichen Aufgaben nicht durch Einsparungen zu finanzieren. Wir wollen keine Verzögerungen und Abstriche, etwa beim Neubau der Förderschule auf der Bult, bei der Umsetzung des Berufsschulkonzeptes oder bei Investitionen in Gesundheit, öffentlichen Nahverkehr und Klimaschutz. Wir erwarten weiterhin von der Bundesregierung, dass sie die Kommunen bei den Aufgaben, die mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten verbunden ist, finanziell unterstützt.

Damit auch morgen noch die Kasse stimmt – strategische Finanzplanung

Konsolidierung bleibt eine Daueraufgabe. Durch Verwaltungsreform, wirtschaftliches Handeln und ständiges Hinterfragen der Aufgaben müssen die einzelnen Dezernate dafür Sorge tragen, dass weiterhin mit jedem Haushalt Schulden abgebaut werden können.

Alle Investitionen müssen auf ihre Folgekosten hin untersucht werden. Vorrang haben für uns nachhaltige Investitionen in Bildung, Wohnungsbau, Klimaschutz, Gesundheit und öffentlichen Nahverkehr.


Grundsätzlich ist bei allen Aufgaben zu prüfen, inwieweit Landes-, Bundes-, und EU-Programme zur Kofinanzierung genutzt werden können.

Wir GRÜNE wollen Planungssicherheit für Vereine, Verbände und Kultur. Die Umstellung des Haushalts auf *Neues kommunales Rechnungswesen*  ist abgeschlossen. Wir wollen sicherstellen, dass der Haushalt im Oktober eingebracht und vor dem Jahreswechsel verabschiedet ist, damit ab Januar auf der Basis eines verabschiedeten Haushalts verlässlich gewirtschaftet werden kann.


Wir GRÜNE wollen Haushaltsentscheidungen stärker in die Regionsversammlung verlagern und die Ressourcenverantwortung in den Dezernaten stärken. Die Regionsfraktionen hatten in den vergangenen Jahren viel zu wenig Spielraum für eigene politische Entscheidungen. Wir wollen, dass in Zukunft der Bereich der freiwilligen Leistungen, die institutionelle Förderung von Kultur, Vereinen und Verbänden in die Hände der Regionsfraktionen gelegt wird. Die Verwaltung soll hier beraten, aber nicht mit Entscheidungen im Haushaltsentwurf vorgreifen.

Für die Dezernate wollen wir mehr Ressourcenverantwortung, dafür wollen wir Personalbudgets für die einzelnen Dezernate einführen. Die Verantwortung für Investitionen in regionseigene Gebäude wollen wir zentral im Gebäudemanagement bündeln.

Transparenter Haushalt für mündige Einwohner*innen in der Region Hannover

Wir GRÜNE sind nicht zufrieden mit der öffentlichen Präsentation des Haushalts und halten an unserer Forderung nach einem transparenten *Bürgerhaushalt*  fest. Alle Haushaltsdaten sollen verständlich aufbereitet und im Internet öffentlich zugänglich sein. Seit 2010 ist der Regionshaushalt ein „Ergebnishaushalt“

mit Produkten“. Damit die Entwicklung einzelner Produkte besser nachzuvollziehen ist, regen wir die Einführung eines Produktbuchs an, das mit jedem Haushaltsjahr aktualisiert wird.

Über ein Online-Portal sollen Bürgerinnen und Bürger Einsprüche und Vorschläge zum Haushalt einbringen können. Die Verwaltung listet die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auf, die Entscheidung treffen die Fraktionen. Land und Bund müssen eine solide Finanzausstattung der kommunalen Ebene sicherstellen. Von der niedersächsischen Landesregierung erwarten wir einen kommunalen Finanzausgleich, der die im Ballungsraum Region Hannover erhöhten sozialen Aufgaben und Kosten stärker berücksichtigt. Wir GRÜNE wollen konkret, dass der soziale Faktor im Verhältnis zum Flächenfaktor stärker gewichtet wird. Die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften und der Bau von Sozialwohnungen muss bei den *Schlüsselzuweisungen*  stärker berücksichtigt werden. Wir erwarten außerdem eine Krankenhausfinanzierung, die die Investitionsmittel für dringend notwendige Instandhaltung, Modernisierung und Spezialisierung bereitstellt, und eine Anpassung der Fallpauschale.

Von der Bundesregierung erwarten wir ein Investitionsprogramm zur Aufnahme und Integration der Geflüchteten. In den Kommunen müssen Kita- und Schulplätze neben Unterkünften und Wohnungen sowie Integrations- und Sprachkursen geschaffen werden. Zur Integration in Ausbildung und Arbeit müssen schnell geeignete Programme finanziert und angeboten werden. Wir sehen in den vielen neuen Bürgerinnen und Bürgern eine Chance für die Zukunft der Region. Diese Chance kann sich nur entfalten, wenn die Finanzmittel für die Unterbringung und Integration bereitgestellt werden.

Glossar

- ⬆ Der *Bahnhofskümmerner* kümmert sich im Auftrag von Region und jeweiliger Kommune um die Sauberkeit des Bahnhofs. Er ist außerdem Ansprechpartner für Reisende und meldet technische Störung etc. an die Deutsche Bahn.
- ⬆ *Best Practice* auch Erfolgsmethode genannt, stammt aus der anglo-amerikanischen Betriebswirtschaft und bezeichnet bewährte, optimale bzw. vorbildliche Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen in Unternehmen oder in der Organisation. Wenn ein Unternehmen nach best practice vorgeht, setzt es z. B. bewährte und kostengünstige Verfahren, technische Systeme und Geschäftsprozesse ein, die sich an den Besten in einer Gruppe orientieren.
- ⬆ *Bike+Ride* (englisch für „Fahrrad und mitfahren“) ist ein Modell zur Förderung des öffentlichen [Personenverkehr](#), ähnlich dem Konzept von Park+Ride. *Bike+Ride* bedeutet, dass man bis zu einer Bahnstation oder Bushaltestelle mit dem Fahrrad fährt, dort sein Fahrrad in eine spezielle Fahrradabstellanlage abstellt und dann mit Bus und Bahn weiterreist.
- ⬆ *Biotopverbund* oder die Biotopvernetzung ist die Schaffung eines Netzes von (Einzel-)Biotopen, welches das Überleben bestimmter Arten sichert. Der *Biotopverbund* ist dann gegeben, wenn ein funktionaler Kontakt zwischen Biotopen (Lebensräumen) besteht, der eine Vernetzung zwischen Populationen von Organismen in Form von Beziehungssystemen ermöglicht. Er funktioniert dann, wenn die zwischen gleichartigen Lebensräumen liegende Fläche für

Organismen überwindbar ist, so dass ein beidseitiger Individuenaustausch möglich ist.

- ⬆ *Brachflächenmanagement* ist ein Instrument zur nachhaltigen Entwicklung von Flächen (Grundstücken). Es beinhaltet die vollständige Analyse der potentiellen Nutzungsmöglichkeit einer Brachfläche, unter ökonomischen und ökologischen Aspekten. – Verweis fehlt in WP
- ⬆ *Bürgerhaushalt*, auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen und entscheiden.
- ⬆ *Carsharing* auch Teilauto genannt ist die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Autos.
- ⬆ *Controlling* (von englisch: to control für „steuern“, „regeln“) ist ein umfassendes Steuerungs- und Koordinationskonzept zur Unterstützung der verantwortlichen Stellen bei der zielgerichteten Beeinflussung bestehender betrieblicher Prozesse. Aufgabe des *Controllings* ist es, im Auftrag des Managements über die Wirtschaftlichkeit im Unternehmen zu wachen, jedoch nicht, diese zu garantieren. Im Zuge der Umstellung des kommunalen Haushaltswesens auf die Doppik wird das *Controlling* in öffentlichen Verwaltungen eingeführt.
- ⬆ *eco.sport*: Förderprogramm der Region Hannover für energetische Sportstättenanierung.

- ↑ *eco.fit*: Umweltberatung für Sportvereine.
- ↑ *e.coBizz*: Die Kampagne *e.coBizz* ↑ ist ein niederschwelliges Beratungsangebot der *Klimaschutzagentur* ↑ Region Hannover für Unternehmen. Ziel der Kampagne ist es, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen aufzuzeigen, wie deutliche Kosteneinsparungen durch zu Teil schon kleinere Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen erzielt werden können.
- ↑ *Stromspeicher* sind beispielsweise Batteriespeicher, die mit (Wind- oder Solar-) Überschussstrom beladen und bei Knappheit wieder in das Netz entladen werden.
- ↑ *Eingriffsregelung* (auch Eingriffs-Ausgleichs-Regelung) ist im deutschen Recht das bedeutendste Instrument zur Durchsetzung von Belangen des Naturschutzes, das in der „Normal- Landschaft“ greift, also auch außerhalb naturschutzrechtlich gesicherter Gebiete. Grundidee ist ein generelles Verschlechterungsverbot für Natur und Landschaft. Mit der *Eingriffsregelung* sollen negative Folgen von Eingriffen in Natur und Landschaft (Beeinträchtigungen) vermieden und minimiert werden. Des Weiteren sollen nicht vermeidbare Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes ausgeglichen werden.
- ↑ *Fachkräfteallianz* Region Hannover verbindet folgende Institutionen: Region Hannover, Landeshauptstadt Hannover, Agentur für Arbeit, Allgemeine Arbeitgebervereinigung Hannover und Umgebung e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Handwerkskammer Hannover, *hannoverimpuls* ↑, Hochschule Hannover, Industrie- und Handelskammer Hannover, Jobcenter Region Hannover, Leibniz Universität Hannover.
- ↑ *Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie*, kurz FFH- Richtlinie oder Habitatrichtlinie, ist eine Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union, die

- von den Mitgliedstaaten der EU 1992 beschlossen wurde. Das Netz besonderer Schutzgebiete, das nach der FFH-Richtlinie sowie nach der Europäischen Vogelschutzrichtlinie eingerichtet wurde, wird Natura 2000 genannt.
- ↑ *Freiflächenverbundsystem*: Der Schwerpunkt der Freiraumsicherung liegt auf dem Freihalten eines Gebiets von Bebauung. Ein *Freiflächenverbundsystem* nutzt die Freiflächen für weitere qualitative Ziele wie Entwicklung der biologischen Vielfalt.
- ↑ *Frischluftschneisen* sind zusammenhängende, hindernisfreie Gebiete vom Umland bis in städtische Gebiete, in dem Frischluft transportiert werden kann. Sie sollen möglichst weit weg von Straßen und Industriegebieten verlaufen, damit die Luft sich auf ihrem Weg in die Innenstadt nicht mit Schadstoffen anreichert.
- ↑ *Gartenregion*: Die Grundidee des Projekts *Gartenregion* ↑ Hannover ist die Verknüpfung öffentlicher und privater Parks, Gärten und Landschaftsräume in den 21 Kommunen der Region Hannover zu einem nachhaltigen Netzwerk für die Naherholung bei gleichzeitiger Verknüpfung mit attraktiven Kulturangeboten. Ursprünglich mit dem Aktionsjahr 2009 gestartet ist die *Gartenregion* ↑ zu einer dauerhaften Marke weiterentwickelt worden.
- ↑ *Gender Budgeting* Diese Strategie verfolgt das Ziel eines geschlechtergerechten Haushalts. Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass die bisher vorherrschende geschlechtsblinde Haushaltspolitik ungerechte Verteilungseffekte hat und gesellschaftliche Unterschiede teilweise noch verstärkt – anstatt im Sinne des staatlichen Gleichstellungsauftrages zu wirken. Deswegen soll es mit *Gender Budgeting* ↑ zu einer gerechteren Verteilung der Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte kommen.

- ↑ *Gender Mainstreaming* ist eine Strategie zur Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Danach muss vor jeder Entscheidung geprüft werden, welche Auswirkungen diese jeweils auf Frauen und Männer hat. Frauenförderung wird dadurch nicht unnötig, sondern bleibt notwendig um bestehende Ungleichheiten zu beheben.
- ↑ *Glyphosat* wird seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre weltweit zur Unkrautbekämpfung in Landwirtschaft, Gartenbau, Industrie und Privathaushalten eingesetzt. *Glyphosat* ↑ wirkt unselektiv gegen Pflanzen; Nutzpflanzen können mittels Gentechnik eine Resistenz gegen *Glyphosat* ↑ erhalten. *Glyphosat* ↑ ist weltweit seit Jahren der mengenmäßig bedeutendste Inhaltsstoff von Herbiziden.
- ↑ *hannoverimpuls* ist die 2003 gegründete gemeinsame Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Stadt und Region Hannover. *hannoverimpuls* ↑ unterstützt Gründung, Ansiedlung und Wachstum von Unternehmen am Wirtschaftsstandort Hannover.
- ↑ *HANNOVERmobil*: Für alle registrierten Kunden des Online-Mobilitätshops (kein GVH-Abo mehr nötig) gibt es das Mobilitätspaket mit *HANNOVERmobil* ↑. Neben dem Baustein *CarSharing* ↑ gehört auch ein Gutschein für die BahnCard 25, 20% Rabatt auf alle Taxifahrten mit Taxi 3811.
- ↑ Als *Industrie 4.0* wird die Verzahnung der industriellen Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik bezeichnet. Zentraler Bestandteil ist die Anwendung von Internet-Technologien zur Kommunikation zwischen Menschen, Maschinen und Produkten, beispielsweise im „Internet der Dinge“.
- ↑ *Klimabündnis*: Seit ca. 1990 steht das *Klimabündnis* ↑ für einen

- ganzheitlichen Ansatz im Klimaschutz. Mit ihrem Beitritt zum *Klimabündnis* ↑ haben sich die 1.700 Mitgliedskommunen verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen vor Ort zu reduzieren. In Anerkennung ihres Beitrags zum Erhalt des Regenwaldes und damit zum Klimaschutz handeln die Kommunen solidarisch mit den indigenen Völkern der Amazonasregion.
- ↑ *Klimaschutzagentur*: Die gemeinnützige *Klimaschutzagentur* ↑ Region Hannover bündelt seit 2001 alle regionalen Klimaschutzaktivitäten und baut die Rolle des Klimaschutzes als Wachstumsmotor in der Region weiter aus. Sie informiert Unternehmen und Bürger in der Region Hannover zu einem breiten Themenspektrum.
- ↑ *Klimaschutzkonzept*: In der Regionsverwaltung werden im Rahmen des *Klimaschutzkonzeptes* ↑ 78 Klimaschutzmaßnahmen in den 11 Handlungsfeldern *Controlling* ↑, Kommunikation/Vernetzung, Bildung, Mobilität, *Regionalplanung* ↑ /Naherholung, Umweltmanagement/Naturschutz, Wirtschaftsförderung, Gebäudemanagement, Beschaffung, EDV und Soziales, Gesundheit und Wohnungswesen bearbeitet.
- ↑ Die *Kreissiedlung Gesellschaft Hannover* (KSG) ist die Wohnungsbau-gesellschaft der Region Hannover und der Städte und Gemeinden des Umlands. Sie fühlt sich der Aufgabe verpflichtet, die Bevölkerung mit soliden und preisgünstigen Wohnungen zu versorgen.
- ↑ *Landschaftsrahmenplan*: Dies ist ein gutachterlicher Fachplan des Naturschutzes, den die Naturschutzbehörde der Region Hannover für ihr Gebiet im übertragenen Wirkungskreis aufstellen und fortschreiben muss. Er stellt die Ziele und die erforderlichen Maßnahmen für den Schutz und die Entwicklung der Schutzgüter Arten und Biotope, Landschaftsbild, Boden und Wasser sowie Klima und Luft im Maßstab 1:50.000 dar.

- ⬆ *Motorisierter Individualverkehr*: Kraftfahrzeuge zur individuellen Nutzung wie PKW und Motorrad werden als *motorisierter Individualverkehr* ⬆ (MIV) bezeichnet.
- ⬆ *Kompensationsflächenkataster*: Bei Bebauung oder Versiegelung von Flächen müssen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Ein *Kompensationsflächenkataster* ⬆ bündelt diese Maßnahmen räumlich und kann damit höherwertige zusammenhängende Flächen entwickeln.
- ⬆ *mannigfaltig e.V.* versteht sich als Fachberatungsstelle für alle Interessierten und sämtliche Anliegen, die sich aus den Lebenswelten von Jungen und Männern ergeben. Sie unterstützt dabei, Problemlagen zu bewältigen und Chancen zu nutzen, die sich im Alltag konkret ergeben.
- ⬆ Die *Metropolregion* ⬆ Hannover-Braunschweig- Göttingen-Wolfsburg ist eine Wirtschafts- und Kulturregion in Norddeutschland.
- ⬆ *Neues kommunales Rechnungswesen*: In Niedersachsen werden unter *Neues kommunales Rechnungswesen* ⬆ alle Bestrebungen zusammengefasst, die bisher nach dem Prinzip der Kameralistik geführten Finanzhaushalte der Kommunen (Landkreise, Städte und Gemeinden) auf das Prinzip der Doppik (Doppelte Buchführung in Konten) umzustellen. Die doppelte Buchführung – auch kaufmännische Buchführung genannt – ist die in der privaten Wirtschaft vorherrschende Art der Finanzbuchhaltung. Man spricht von „doppelter“ Buchführung, weil jeder Geschäftsvorgang in zweifacher Weise erfasst wird. Es wird zeitgleich jeweils genau der gleiche Wert im Soll und im Haben gebucht. Die „DOPPELte Buchführung In Konten“ wird im Bereich der öffentlichen Verwaltung als Doppik bezeichnet, daher ist gelegentlich auch von doppischer Buchführung die Rede.

- ⬆ *Niederflurtechnik* bezeichnet die Ausführung von Fahrzeugen vor allem des *öffentlichen Personennahverkehrs* ⬆ mit besonders tief liegenden Böden (oder Fluren). Damit wird auch Fahrgästen die durch körperliche Einschränkungen in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind oder die mit beispielsweise einem Kinderwagen unterwegs sind die Nutzung erleichtert.
- ⬆ *Null-Emissions-Park* bedeutet die Entwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten hin zu nachhaltigen Industriestandorten, deren wirtschaftliche Tätigkeit so ausgerichtet ist, dass keine schädlichen Nebenwirkungen für die Stadt, Region, die Umwelt und die Menschen entstehen.
- ⬆ *Die offene Hochschule Niedersachsen* wird vom Land Niedersachsen als alleinigem Gesellschafter getragen und von verschiedenen Industrieverbänden unterstützt. Sie soll die niedersächsischen Hochschulen für neue Zielgruppen öffnen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Gruppe der beruflich Qualifizierten.
- ⬆ Als *öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)* ⬆ wird in Deutschland der Personenverkehr als Teil des öffentlichen Verkehrs (ÖV) auf Straße und Schiene im Nahbereich bezeichnet.
- ⬆ *ÖKOPROFIT*: Die Stadt und die Region Hannover unterstützen mit *ÖKOPROFIT* ⬆ Unternehmen bei der Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Mit externer Unterstützung erarbeiten die Betriebe praxistaugliche Maßnahmen, die die Umwelt entlasten. Zugleich verbessern sie ihre betriebswirtschaftliche Situation durch Einsparungen bei Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Emissionen, Roh- und Betriebsstoffen. *ÖKOPROFIT* ⬆ hilft Kosten zu senken und Unternehmen für die ständig steigenden Anforderungen eines globalisierten Marktes fit zu machen.

- ⬆ *Pedelec* steht für Pedal Electric Cycle und ist eine Wortschöpfung von Susanne Brüsch in ihrer Diplomarbeit von 1999. Wesentliches Merkmal eines Pedal Electric Cycle gegenüber einem Elektrofahrrad allgemeiner Art ist, dass das Fahrrad hybrid mit Elektromotor und Muskelkraft betrieben wird. Ohne Treten (oder Kurbelbewegung) gibt der Pedelec-Motor keine Leistung ab.
- ⬆ *Pro-Aktiv-Center*: Ziel des Förderprogramms *Pro-Aktiv-Center (PACE)* ⬆ ist es, individuell beeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche im Alter vom 14. bis zum 27. Lebensjahr im Rahmen von Case Management zu fördern. Hierbei soll gemeinsam mit den Jugendlichen abgestimmt werden, welcher Bedarf besteht und welche Unterstützung benötigt wird, um die Integration in Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft zu finden. Dabei werden auch junge Menschen begleitet, die von anderen Einrichtungen nicht oder nicht mehr erreicht werden. Die Pro-Aktiv-Center werden vom Europäischen Sozialfonds, dem Land, der Region Hannover und dem Jobcenter finanziert.
- ⬆ *Queer*: Sammelbegriff in dem sich – je nach Selbstaussage – außer Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Intersexuellen, *Transgendern* ⬆, Asexuellen und BDSMlern auch heterosexuelle Menschen, welche Polyamorie praktizieren, und viele mehr finden lassen.
- ⬆ *Regenbogenfamilien* werden Familien genannt, bei denen Kinder bei zwei gleichgeschlechtlichen Partnern als eine Familie leben.
- ⬆ *Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP)*: Die Region Hannover legt im *Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP)* ⬆ ihre räumliche und strukturelle Entwicklung in Zielen und Grundsätzen der Raumordnung fest. Das neue RROP 2016 wird voraussichtlich im September 2016 von der Regionsversammlung beschlossen. Das

- aktuelle RROP 2005 ist seit Januar 2006 rechtskräftig und auf einen Planungszeitraum von ca. 10 Jahren ausgerichtet.
- ⬆ Der *regionale Gleiskümmerner* berät Unternehmen zum Umstieg von der Straße auf die Schiene beim Transport. Denn die hohe Systemkomplexität im Schienengüterverkehr erfordert ein spezielles Know-how, das vielfach weder bei den Unternehmen noch in den Kommunen vorhanden ist. Beispiel für einen *regionalen Gleiskümmerner* ⬆ ist das Projekt SANSIBAS in Bayern.
- ⬆ Die *Region-S-Karte* ist der Berechtigungsnachweis für die vergünstigte Nahverkehrsfahrkarte *Tagesticket S* ⬆ und Mobilcard S (Sozialticket). Die *Region-S-Karte* ⬆ bekommt, wer entweder laufende Leistungen nach dem SGB XII erhält, Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II erhält, laufende Grundleistungen und Leistungen in besonderen Fällen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhält oder laufend ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz erhält. Daneben gilt die *Region-S-Karte* ⬆ als Nachweis für weitere Vergünstigungen, z. B. bei Zoo- Eintrittskarten oder für Angebote in einzelnen Städten bzw. Gemeinden der Region.
- ⬆ Die *Regionalplanung* dient unterhalb der staatlichen Raumordnung der Konkretisierung, der fachlichen Integration und Umsetzung landesplanerischer Ziele. Sie nimmt damit eine vermittelnde Stellung zwischen staatlicher und kommunaler Planung ein. Die Region Hannover ist für ihr Gebiet Trägerin der *Regionalplanung* ⬆ (vgl. ⬆ RROP).
- ⬆ *Repowering* bezeichnet das Ersetzen alter Anlagen zur Stromerzeugung durch neue Anlagen, beispielsweise mit höherem Wirkungsgrad. Eine große Bedeutung hat *Repowering* ⬆ in der Windenergie-

branche. Windenergieanlagen sind für eine Lebensdauer von etwa 25 Jahren ausgelegt. Durch die rasante Entwicklung der Technologie in den letzten Jahren ist es wirtschaftlich vertretbar, schon vor Ablauf der technischen Lebensdauer alte, kleine Anlagen durch neue, größere zu ersetzen.

↑ *Retentionsräume* (lat. *retenire* = zurückhalten) sind die an den Flüssen und Bächen seitlich gelegenen Flächen, auf denen sich bei Hochwasser das Wasser ausbreiten und ansammeln kann. Es fließt dort nur noch langsam oder steht. *Retentionsräume* ↑ sind außerdem notwendige Grundlage für den Erhalt und die Verbesserung der ökologischen Vielfalt in und an dem Gewässer und seinen Auen. Sie tragen damit auch zum Bodenschutz bei und liefern einen Beitrag zur Grundwasseranreicherung.

↑ *RROP*: Abkürzung für *Regionales Raumordnungsprogramm* ↑

↑ *Rucksackmütter*: Das Rucksackprogramm versteht sich als ein Elternbildungs- und Sprachförderprogramm für Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Ziele sind die Förderung von Mehrsprachigkeit bei Migrantenkindern, Unterstützung der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder, Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung, Stärkung des Selbstwertgefühls der Eltern und ihrer Kinder sowie Stärkung der interkulturellen Qualität der Einrichtung.

↑ Als *Schienenpersonennahverkehr* (*SPNV* ↑), auch Schienennahverkehr) werden in Deutschland die Verkehrsleistungen der Eisenbahnverkehrsunternehmen im *öffentlichen Personennahverkehr* ↑ bezeichnet. Der Begriff umfasst die Zugattungen Regional-Express, Regionalbahn (früher Nahverkehrszug) und S-Bahn.

↑ *Sexuelle Orientierung* beschreibt, zu welchem Geschlecht sich jemand

mit seinen oder ihren Wünschen, Fantasien und im konkreten Begehren hingezogen fühlt. Verschiedene Menschen können auf vielfältige Weise ihre sexuelle Identität erleben.

↑ *Schlüsselzuweisungen* sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Niedersachsen. Die größte Summe und damit auch der bedeutendste Teil des Finanzausgleichs entfällt auf die Schlüsselzuweisungen. Schlüsselzuweisungen werden finanzkraftabhängig verteilt, d. h. Kommunen mit niedrigen eigenen Steuereinnahmen erhalten höhere Schlüsselzuweisungen als solche mit hohen eigenen Steuereinnahmen. Dadurch wird gewährleistet, dass der Abstand der den Kommunen pro Einwohner insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Körperschaften nicht zu groß wird. Damit soll auf eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in Niedersachsen hingewirkt werden.

↑ *Shoa*: Das hebräische Wort שואה (*Shoa*, versch. Transkriptionen) steht neben dem für dieselbe Bedeutung weiterhin verwendeten und synonym verstandenen Begriff *Holocaust/Holokaust*.

↑ *Special Olympics: Special Olympics Deutschland* (SOD) ist die deutsche Organisation der weltweit größten, vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) offiziell anerkannten Sportbewegung für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung.

↑ *SPNV*: Abkürzung für *Schienenpersonennahverkehr* ↑

↑ Das *TagesEinzelTicket S* ist eine vergünstigte Tageskarte für Bus und Bahn (Sozialtarif). Sie gilt zusammen mit der *Region-S-Karte* ↑.

↑ *Transgender* (lat. *trans* „jenseitig“, „darüber hinaus“ und engl. *gender* „soziales Geschlecht“) ist ein Begriff für Abweichungen von der

zugewiesenen sozialen Geschlechterrolle beziehungsweise den zugewiesenen sozialen Geschlechtsmerkmalen (Gender).

⬆ *umsteigen: aufsteigen*: Das Handlungskonzept Radverkehr der Region Hannover *umsteigen: aufsteigen* ⬆ benennt drei angestrebte Ziele: „Radfahren in der Region ist sicher!“, „Radfahren in der Region ist schnell und komfortabel!“ und „Radfahren in der Region schafft gutes Klima!“. Die Umsetzung dieser Ziele wird anhand von zehn zentralen Maßnahmen, aufgeteilt auf vier Handlungsfelder, angestrebt.

⬆ *Umweltverbund* bezeichnet die Gruppe der umweltverträglichen Verkehrsmittel: FußgängerInnen, öffentliche oder private Fahrräder, öffentliche Verkehrsmittel (Bahn, Bus und Taxis), sowie *Carsharing* ⬆ und Mitfahrzentralen.

⬆ *Verkehrsentwicklungsplan pro Klima*: Der (integrierte) *Verkehrsentwicklungsplan pro Klima* ⬆ wurde mit Unterstützung durch Fördermittel des Bundesumweltministeriums aufgestellt. In ihm werden mögliche Maßnahmen im Hinblick auf ihr CO₂-Vermeidungspotenzial hin untersucht. Als Ergebnis liegt ein Katalog vor, der kurzfristig umsetzbare Projekte sowie mittel- und langfristige Maßnahmenvorschläge enthält. Der Plan orientiert sich an der dreistufigen Verkehrsstrategie der Region Hannover: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern, Verkehr verträglich abwickeln.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Kontakt:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Regionsverband Hannover

Senior-Blumenberg-Gang 1

30159 Hannover

T 0511 300 8866

region@gruene-hannover.de

regionsverband-gruene-hannover.de
